

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Suter, Industriehalle
Messeplatz
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Reuzhamb.)
Fr. 3.— für Deutschland (Gauvert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gauvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reuzhamb.).

Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Cts. — 20 Wg.

N^o. 16.

Sonntag, 18. April.

1880.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzulangen, so ist die äußerste Vorsicht im Verkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit verkannt werden. Die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandation. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten dem „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Was thun?

Neue Folge.
III.

Was die Verwerthung der Erträgnisse betrifft, so ist dabei natürlich die gemeinschaftliche Spekulation auszuschließen, was ebenfalls durchführbar ist, ohne an die Substanz des Eigentums zu gehen. Unser Staat ist auf dem gesamten Markte maßgebender Preisbestimmer. Er verkauft seine Produkte, welche immerhin schon einen bedeutenden und dabei immer wachsenden Prozentsatz der gesamten Produktmenge ausmachen, zu einem fixen Preis, der außer den gesamten Erzeugungskosten nur noch die Entschädigungsrate an die Expropriierten (wovon später) deckt. Da nun der Privateigentümer seine Produkte weder in eigenmächtiger Absicht dem Konsum vorenthalten darf, noch sich etwa durch Ausfuhr einen lohnenderen Markt suchen kann (da sich der Handel, wie noch zu zeigen, im Alleinbesitz des Staates befindet), so ist für seinen Verkauf der vom Staat bestimmte Preis wesentlich maßgebend, so lange nämlich ein eigentlicher „Markt“, d. h. Konkurrenz, überhaupt noch existiert. Durch die sukzessive Einführung der staatlichen Lebensmittelämter wird dies Verhältnis jedoch ziemlich schnell sein Ende erreichen, und den Privateigentümern dann nichts übrig bleiben, als ihre Produkte dem Staate zu dem von diesem ermittelten Preis zu verkaufen. Ihr ganzer Gewinn wird also — im Hinblick auf die oben erwähnten Maßregeln, welche den Privatproduzenten kaum billiger, als der Staat produzieren lassen — lediglich in dem Lohn für die Betriebsleitung (so weit sie zu dieser gewillt und fähig) und jenem Theil des Verkaufspreises bestehen, den der Staat als Entschädigungsrate an die Expropriierten zu bezahlen hat, den der Privatproduzent aber für sich behalten kann.

Unter solchen Umständen sind freilich die Vortheile des Privateigentums sehr prekärer Natur. Der Eigentümer kann seinen Grund und Boden nicht mehr nach Belieben zur Ausbeutung des Arbeiters und Konsumenten zur Befriedigung seiner Passionen u. verwenden; dagegen hat er dem Staat gegenüber sehr bedeutende Pflichten und eine schwere Verantwortung. Als einziger realer Nutzen seines Eigentums bleibt ihm aber genau so viel, als er ohne jede Verantwortlichkeit und Verdrießlichkeit auch erzielte, wenn er sein Eigentum freiwillig expropriieren ließe. Unter diesen Umständen dürfte wohl die überwiegende Mehrzahl der größeren Besitzer bald freiwillig zu ihren „Eigentümern“ Titel verzichten und sich mit dem vom Staate gewährten Entschädigungsrente zurückziehen. Diejenigen von ihnen aber, die ein träges Genußleben verabscheuen und arbeiten wollen, werden entweder fortfahren, ihr Eigentum tüchtig zu bewirtschaften und dadurch sich selbst und dem Gemeinwohl nützen, oder sie werden als Wirtschaftsbetriebe der verschiedensten Art im Staatsbetrieb ein lohnendes Feld für ihre Thätigkeit finden. Die Kleinbesitzer aber werden schnell einsehen, daß sie als Staatsarbeiter eine weit günstigere Existenz haben, denn früher als „Eigentümer“, und werden deshalb aus Feinden des Kollektiveigentums dessen engste Freunde werden.

Daß sich in Folge alles dieses das Staats- (Kollektiv-)Eigentum rapid vermehren wird, liegt auf der Hand. Um die Amortisation des Privateigentums noch mehr zu beschleunigen, bedarf es dann nur noch einer gesetzlichen Bestimmung, wonach jeder, der sein Privateigentum nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt an den Staat abgetreten hat, für die später erfolgende Expropriation nur mehr einen Theil der bis dahin gewährten Entschädigungsrente erhält, während von einem ferneren Termin ab das Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt aufhört.

Hinsichtlich der erwähnten „Entschädigungsrente“ habe ich noch einige Erläuterungen zu geben, damit kein Mißverständnis darüber entstehe, was ich darunter verstehe. Von einer förmlichen „Ablösung“ (nach Art derer der deutschen Feudallasten oder der russischen Leibeigenschaft), einer Entschädigung dem vollen Geldwert nach, wie sie sich z. B. Robbertus und Schäffle vorstellen, kann schwerlich die Rede sein. Würde doch durch die Vererbbarkeit so kolossaler Genußmittelmengen auf Generationen hinaus der Fortbestand einer zahlreichen Klasse von durch die Arbeit der übrigen Bürger zu ernährenden Faulenzern gesichert. Das ist aber dem Prinzip des Sozialismus diametral entgegen. An Leuten, welche die Nüchternhaltung einer solchen Ablösung eine „Ungerechtigkeit“ nennen, wird es natürlich unter den bisherigen Privilegierten nicht fehlen. Uebrigens sind wir Sozialisten wahrlich nicht die ersten, welche ein derartiges „Recht“ der enteigneten Enteigneten nicht anerkennen. Welche „Ablösung“ erhielten denn die atheniensischen Opatriden bei der Solonischen Seisachtheia? Oder die französischen Feudalherren für die Aufhebung ihrer Lehnrechte durch die Augustedikrete des Jahres 1789? Oder die südamerikanischen Sklavenbarone für die Emanzipation der Negersklaven? Oder die Zunftmeister vieler Länder bei der Einführung der Gewerbefreiheit? Keine.

Die Gerechtigkeit der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß sie jedem ihrer Angehörigen eine gleich menschenwürdige Existenz und gleichen Antheil an den geistigen und körperlichen

Lebensgenüssen sichert, sofern er an der Erhaltung und Verbesserung der Gesellschaft nach seinen Kräften mitarbeitet. Durch diese Garantie gewinnt nicht nur der früher Arme, sondern auch der ehemals Reiche, da er die Unsicherheit des Eigentums mit all' ihren materiellen und moralischen Nachtheilen gegen eine absolute Sicherheit der Existenz vertauscht. Indem unser Staat dem bisherigen Eigentümer diese Existenz gibt, erfüllt er nur seine Pflicht, aber auch seine ganze Pflicht. Und wenn er diesen Leuten trotzdem noch mehr gibt, so geschieht das deshalb keineswegs in Anerkennung irgend eines nicht existirenden „Rechtes“ auf solche Mehrleistung, sondern lediglich aus praktischen Gründen, um nämlich den Uebergang aus dem alten Zustand der Dinge in den neuen zu erleichtern. Einzig aus diesem Gesichtspunkte läßt sich die erwähnte Entschädigungsrente rechtfertigen, woraus sich die Art, in welcher sie zu geben ist, leicht ergibt. Wie schon ihr Name sagt, wird diese Entschädigung (richtiger und bezeichnender: Trost- und Verschönerungsgeld) nicht auf einmal, sondern als eine Art von Genußmittel-Leibrente gegeben. Sie wird eine mäßige sein, d. h. das Durchschnittseinkommen der Bürger nicht allzu unverhältnißmäßig übersteigen; aus diesem Grunde wird sich auch mit der steigenden Größe des expropriierten Vermögens der Prozentsatz der Entschädigung entsprechend vermindern und bei einer gewissen Höhe jede Steigerung aufhören. Diese Rente erhält nur die expropriierte Generation selbst; nach dieser ist auch das letzte Ueberbleibsel der alten Ungleichheit verschwunden.

Ähnlich, wie ich es vorstehend von der Bodenbebauung gezeigt habe, wird unser Staat auf allen Produktionsgebieten vorgehen und dadurch das Privateigentum — soweit nicht große Konzentration des betr. Betriebes dessen sofortigen Uebergang in den Gemeinbesitz möglich und notwendig macht, wie z. B. bei der Montanindustrie (bei den Eisenbahnen*) und sonstigen Verkehrsinstituten ist es ja ohnehin selbstverständlich) — nicht nur hindern, dem Gemeinwohl zu schaden, sondern es auch zwingen, in seinem Dienste zu fungieren, dadurch aber sich allmählig selbst aufzuheben. Die Art der Anwendung der aufgestellten Grundsätze auf die verschiedenen Produktionszweige zu erörtern, fühle ich mich nicht berufen, ich wollte nur an einem Beispiele die Grundsätze selbst zeigen; eine derartige, auf Grund des heutigen und der für die nächste Zukunft voraussichtlichen Entwicklung angestellte Untersuchung würde aber ohne Zweifel sehr verdienstlich sein.

Nur einer Art von Privateigentum muß ich noch besonders gedenken, weil bei ihr die vorerwähnten Grundsätze der Natur der Sache wegen nicht durchweg zutreffen, vielmehr wesentliche Modifikationen erleiden müssen. Ich meine jenen Besitz, der heute vulgär allein als „Kapital“ bezeichnet wird, nämlich der Geldebefiz, der Besitz an Leibkapital. Dessen Rolle ist in unserem Staate mit dem Wegfall seiner Voraussetzungen selbstredend gründlich ausgepielt; es hat in einer ökonomischen Organisation, welche lediglich auf Arbeit beruht, absolut keinen Platz mehr. Deshalb kann auch hier von einer allmählichen Expropriation keine Rede sein, sondern muß dieselbe unbedingt sofort und auf Einmal erfolgen. Sämtliche Schuld- und Pfandtitel aller Art, heißen sie nun Hypotheken, Wechsel, Privatguldcheine, Aktien, Pfandbriefe, Börsenscheine jeder Gattung, — sie gehen gesetlich alle an den Staat über. Die Expropriierten erhalten eine nach dem faktischen Werth ihres früheren Besitzes bemessene Entschädigungsrente. Vermögende, d. h. noch privatbesitzende und nicht lediglich von ihrer Arbeit lebende Schuldner werden vom Staat zur entsprechenden Abtragung ihrer Verpflichtungen an ihn gehalten. Muß die Expropriation des bereits zinsbar gemachten Kapitals eine obligatorische sein, so ist dies keineswegs der Fall in Bezug auf das im Privatbesitz befindliche Baargeld. Da der Wegfall des Metallgeldes, des Weltgeldes, mit dem der Handel oder vielmehr die Ausbeutung der Arbeit durch den Handel unzertrennbar verbunden ist, eine notwendige Voraussetzung der sozialistischen Organisation unseres Staates ist, so ist das bisherige Geld in unserm Staat fortan nur mehr einfaches Metall, aus dem sich der Eigentümer Werkzeuge, Kunstgegenstände u. fertigen lassen kann, aber nicht mehr ein allgemeines Zirkulationsmittel, durch das sich der Eigentümer jeden Augenblick beliebige Genüsse zu erkaufen vermag. In Genußmitteln umsetzen können die Metallgeldbesitzer dies ihr Eigentum nur mehr auf zwei Arten: Entweder sie treten ihr Geld an den Staat ab, der es zu Leistungen an das Ausland braucht und ihnen dafür Entschädigungsrente gibt. Oder sie gehen mit ihren Geldsacken in's Ausland, woran sie zu hindern unser Staat gar keinen Grund hat — je weniger Faulenzern, desto besser; wie lange sie übrigens dort ihre Existenz fortriften, ist eine andere Frage.

Wie ich schon oben bemerkt habe, verzichte ich darauf, alle die mit der sozialistischen Organisation des Produktionswesens Hand in Hand gehenden politischen, administrativen u. Umgestaltungen aufzuführen; meine Absicht ist ja, ein bisher vernachlässigtes

Gebiet zu bearbeiten, nicht aber von Dingen zu sprechen, die häufig genug erörtert wurden und werden, daß man wenigstens ein allgemeines Verständniß derselben voraussetzen darf. Aber ein kurzer Hinweis darauf sei mir doch gestattet, welche kolossale Menge von Arbeitskräften durch all diese Umgestaltungen für die Produktion verfügbar werden, die bisher gegen ihren Willen brach liegen oder schädlich wirken mußten (Armee, Theil der Beamten u.).

Durch diese bedeutende Vermehrung der Arbeitskräfte und den rationellen Betrieb, mit einem Worte durch die Entwicklung und Zusammenfassung aller dinglichen und persönlichen Produktionskräfte zu einem planvoll geleiteten Ganzen wird eine großartige, jetzt noch gar nicht abzehbare Vermehrung der Produkte stattfinden. Deutschland z. B. würde unter solchen Verhältnissen bald nicht mehr nöthig haben, alljährlich für 100 Mill. Mark an Getreide, Mehl und Fleisch einzuführen, weil dieses Land, sobald erst die ungeheuren gar nicht, schlecht oder falsch bebauten Landstrecken richtig kultiviert und an Stelle der Kräfte vergebenden Zwerghirtschaft ein rationeller, mit allen Hilfsmitteln der Wissenschaft und Technik arbeitender Großbetrieb getreten sein wird, diese Lebensmittel bald selbst erzeugen könnte. Und dieselbe Produktvermehrung würde auch auf allen Industriegebieten, ja dort erst recht, eintreten, so daß nicht abzusehen ist, woher der Mangel, ja der Hunger, der nach der Prophezeiung von Gegnern in unserm Staate bald herrschen soll, kommen sollte; wahrscheinlicher ist vielmehr, daß das gerade Gegentheil davon eintreten wird.

Der Darwinismus und die Revolution.

(Schluß.)

Eigentlich hat Darwin nur ein Werk vollendet, das schon vor mehr als 300 Jahren begonnen wurde. Der erste Revolutionär der neuern Zeit war der Verfasser der Schrift: „De revolutionibus orbium coelestium“, Nikolaus Kopernikus. Er hat den ältesten und heiligsten Glauben der Menschheit, den Glauben an die Unbeweglichkeit der Erde, umgestoßen und mit diesem Stoße das ganze Glaubenssystem der alten Welt erschüttert. „Als ein ächter „Umsturzmann“ hat er das Unterste zu oberst und das Oberste zu unterst gekehrt, der Erde die Initiative der Bewegung zugeeignet und dadurch allen ferneren und anderweitigen Revolutionen der Erde Thür und Thor geöffnet; er hat der phantastisch-despotischen Herrschaft des Mittelalters, welche sich die Erde über die Himmelskörper, der Papst über die Geister, der Kaiser über die Fürsten und Völker, der Mensch über die Menschen angemacht hatte, für immer den Garau gemacht; er hat den menschlichen Geist aus den epicyclischen Zauberkreisen des verworrenen, widerspruchsvollen Unsinn einer eingebildeten Welt erlöst und zur Anschauung der wirklichen Welt, zur Einfachheit der Natur zurückgeführt. Er hat mit frecher Hand die bis auf ihn verschlossenen, mit Ausnahme einiger lehrerlicher Denker selbst den größten Geistern des Alterthums undurchdringliche, nur zur Brustwehr menschlicher Beschränktheit, Gedankenlosigkeit und Gläubigkeit dienende Himmelsveste aufgeprengt und dadurch den Blick des Menschen bis in die Unendlichkeit des Universums erweitert und dem gesunden Menschenverstand Eingang selbst in den Himmel verschafft. Der Himmel galt sonst in der Religion für den Thron und Sitz der Gottheit, den Wohnort der Seligen, in der Philosophie für das fünfte Element, wo keine Negation, keine Veränderung, kein Entstehen und Vergehen wie auf der plebejischen Erde stattfinden sollte, kurz: für ein heiliges, göttliches Wesen. Aber alle diese süßen, heiligen Vorstellungen und Ausflüchte, die sich sonst an den Himmel knüpften, hat die moderne Astronomie schonungslos vernichtet; Kopernikus hat die Menschheit um ihren Himmel gebracht, er hat das körperliche Zentrum der Welt, die Erde, in die Reihe der Irdischen eingeführt und das geistige Zentrum der christlichen Welt, die Bibel, in die Klasse der irrenden menschlichen Bücher versetzt.“ (Feuerbach.) Mit vollem Recht wurde das kopernikanische Weltssystem von den Pfaffen und ihrem Anhang förmlich verdammt, mit demselben Rechte sehen wir heute dasselbe Schauspiel dem Darwinismus gegenüber, denn dieser reißt vollends die letzten Bollwerke, hinter denen Lüge und Betrug immer noch ihr Wesen treiben konnten, nieder und in strahlendem Glanze steigt die Sonne der Wahrheit empor und verländet den erstaunten Völkern den Anbruch einer glücklicheren Zeit. Umsonst ist das Bemühen jener zwar mächtigen, aber kleinen Kaste, die in dem Nacht- und Nebelzustande des Geistes ein gewerbmäßiges Interesse hat, den Ausgang des glänzenden Ostens zu verzögern oder gar zu verhindern — die Sonne der Freiheit und Bildung, welche im vorigen Jahrhundert nur erst die Höfen der Menschheit überglänzte und erleuchtete, leuchtet heute auch in die Thäler hinunter und das „Volk“ läßt sich schlechterdings nicht mehr in der Beschränktheit und Enge des ihm von seinen „Herrn“ angewiesenen Geschichtskreises festhalten. Mit der Ausbeutung der großen Mehr-

*) Soweit die Verstaatlichung derselben nicht schon im heutigen Staat stattfindet, welche Ueberführung übrigens in Deutschland gegenwärtig bereits stattfindet, was uns trotz mancher ungelieblicher Nachtheile nur erwünscht sein kann.

heit durch eine kleine Minderheit, mit der Herrschaft Weniger und der geistigen, politischen und physischen Knechtschaft Vieler ist es bald für immer vorbei.

Freilich lassen die herrschenden Klassen kein Mittel unversucht, die errungenen Wahrheiten in ihrer Verbreitung zu hemmen, namentlich ist das brüderlich geeinte Pfaffen- und Junkertum aufs äußerste bemüht, die Volksschule von dem Gift der modernen Naturwissenschaften rein zu halten und eine möglichst armseelige, aber streng konfessionelle Schule als Drillanstalt für das Volk gehört zu den höchsten Kulturidealen dieser edlen Sippschaft. Das bloße Verhehlen der Wahrheit ist an sich schon schlimm genug, ein Verbrechen an der Menschheit aber ist es, wenn dieselbe, wie in unsern Schulen, durch eine positive Unwahrheit ersetzt wird, insolge davon unsere Kinder an einem Widerspruch zwischen Schule und Haus, zwischen Worten und Thaten, also kurzweg an Verstellung und Heuchelei gewöhnt werden. Unbekümmert um die erhabenen Lehren der Geschichte, nichtbeachtend die kampfvollen Thaten und schmerzreichen Arbeiten der Menschheit, höhnen und verleihen die Rechte und Ansprüche, welche durch tausendjährige Arbeiten die Vernunft sich erworben hat, magt man es heute, zu dem Alten zurückzukehren und die Fesseln, welche die freie Forschung kaum erst zu lockern begonnen hatte, aufs neue fester zu schnüren. Aber in dem Maße, in welchem man die Sprache des Gedankens hemmt, wird diejenige der Gefühle das vorherrschende Verständigungsmittel, und wer den Austausch von Ideen hintertreibt, wird denjenigen von Kugeln selbst verschulden. Glaubt man denn, die Blutströme vergangener Zeiten seien umsonst vorübergerauscht oder höchstens nur zu dem Zwecke vorübergefließen, daß gewisse Individuen dadurch nur um so sorgloser in den Hängebann des alten Glaubens sich schaukeln und an dem Strome umsonst verfloßener Jahrhunderte einen Spiegel der Herrlichkeit, Festigkeit und Beständigkeit ihres partikulären Eigenthums, ihres Glaubens besitzen sollten? Zum Trost lehrt uns die Geschichte, daß gerade dann, wenn etwas am Rande seines völligen Untergangs steht, es noch einmal mit aller Gewalt sich erhebt, als wolle es von Neuem seinen schon vollbrachten Lebenslauf beginnen.

Mögen auch heute die Reaktionen aller Farben, zitternd vor dem erwachten Volksbewußtsein, den wahrhaftigen Versuch machen, Staat und Gesellschaft um Jahrhunderte zurückzuschleudern; mag Virchow aus Angst vor den Sozialisten die Deszendenztheorie für sich behalten und die Schule noch so sehr bewahren, weil der Darwinismus den revolutionären Elementen zu scharfe Waffen in die Hand liefere; mag Hädel noch so hoch und theuer versichern, der Darwinismus führe zu nichts weniger als demokratischen Konsequenzen, sondern sei vielmehr eine aristokratische Lehre; mag das von seiner feilen Presse verhehlt und mit dem rothen Gespenste kopfscheu gemachte, selbständige und feige Bürgerthum noch so angstvoll in die rettenden Arme der Polizei und unter die schützenden Fittige der Kirche sich flüchten — es ist zu spät! Der Mensch des 19. Jahrhunderts will sich nicht mehr beugen vor selbstgemachten Autoritäten, er will nicht mehr erzittern vor selbsterschundenen Schrecken, er will nicht mehr anbetend niedersinken vor selbstgemachten Götzen; denn Furcht und Abhängigkeit sind nach der von ihm gewonnenen Erkenntnis keine Bestandtheile echten religiösen Gefühls, und das Urbild wahrer Frömmigkeit ist ihm nicht das gebuldige Schaf.

Die moderne Naturwissenschaft hat die Fesseln einer vergangenen Weltanschauung zerbrochen und die Grundsteine einer neuen, großartigen Kulturperiode gelegt, deren Eintritt späteren Geschlechtern als eben solcher Abschnitt in der Entwicklung der Menschheit erscheinen wird, wie uns der Sieg des Monotheismus vor 2000 Jahren. An die Stelle des Wunders setzte sie das Gesetz. Wie vor dem andbrechenden Tag erblühen vor ihr Geister und Gespenster, sie löschte die Schelternhaufen der Heren und Leher und wird nicht müde, den Wust alten Aberglaubens hinwegzufegen, die trüben Nebel scholastischer und dogmatischer Vorurtheile zu zerstreuen und dem reinen Lichte der Wahrheit freie Bahn zu schaffen. Sie ist von ihrem staubigen Schutzhron herabgestiegen und, alles Gelehrte Phrasenwerk abstreifend, redet sie jetzt in verständlicher Sprache zu allem Volk, das sie hören will; denn das Recht auf Wahrheit ist kein Monopol, es ist das erste Recht des ganzen Volkes. Und dieses sein Recht läßt sich das Volk nicht mehr verkümmern — merkt's euch, ihr Herren Darwinianer! Und wenn ihr eure erhabene Wissenschaft zur Frohnmagd des Kapitals herabzuwürdigen versucht, indem ihr auf Grund eurer Forschungen den Kampf Aller gegen Alle proklamirt, so laßt es euch gesagt sein: wir durchschauen den Betrug! Wir wissen sehr wohl, daß der Kampf ums Dasein in der ganzen belebten Natur herrscht und sogar das treibende Prinzip in der Entwicklungsgeschichte der Organismen bildet, aber einerseits beruht auch in der Thierwelt dieser Kampf nicht allein auf dem Recht des physisch Stärkeren, — sonst müßte es ja lauter Löwen und Tiger geben! — und andererseits hat, was für die Thierwelt gilt und für die Menschheit auf ihrem langen Weg vom Höhlenbewohner bis zum Kulturmenschen gegolten hat, für die zivilisirte Gesellschaft des 19. Jahrhunderts längst seine Gültigkeit verloren. So gut wir die gewaltigen Naturkräfte, vor denen unsere kindlichen Vorfahren anbetend niedersanken, uns dienstbar gemacht haben und uns schützen vor ihren drohenden Ausbrüchen und verheerenden Wirkungen, denen jene sich rettungslos preisgegeben sahen, so gut haben wir auch das Recht und die Pflicht, jenes naturgesetzliche Prinzip, mit dessen Hilfe wir uns so unendlich weit über unsere thierischen Vorfahren erhoben haben, zu überwinden und zu beherrschen, denn der kulturhistorische Prozeß der Menschheit zeigt in letzter Instanz nichts anderes, als eine allmählig immer weiter schreitende Beherrschung der Natur durch den Menschen, d. h. eine Emanzipation von den Naturgesetzen.

Heute herrscht allerdings noch der Kampf ums Dasein in seiner rohesten Form; derjenige, welcher durch Geburt, Erziehung, Freunde u. dergleichen, welcher die besten Waffen besitzt und die schwächsten Feinde sich gegenüber findet, der hat die meisten Aussichten, zu gewinnen; besser als andere kann er sich eine Stellung verschaffen, von deren Höhe herab er seine weniger begünstigten Mitmenschen verachten kann. Es gab eine Zeit, da man sich scheute, diese Blut- und Eisentheorie einzugehen und mit dem rechten Namen zu benennen, jetzt aber wagt es eine gewisse Sorte von verschlagenen Politikern und hinterlistigen Betrügnern, auf die Entdeckungen der Wissenschaft hinzuweisen mit den Worten: „Seht, das ist das fatale Naturgesetz; also will

es das Gesetz der Menschheit, dem wir nicht entrinnen können!“ Wohlan! „Die Gewalt regiert“, sagen die Verteidiger der sozialen Ungleichheit! Ja, die Gewalt regiert, sagt die moderne Ausbeutung in ihrer brutalen Vollkommenheit. Was aber die Politiker sagen, was die Ausbeuter sagen, können das wir, die Revolutionäre nicht ebenfalls sagen? Ist es denn nothwendig, daß das Recht des Stärkeren immer zu Gunsten der Ausbeutung regiert? „Gewalt geht vor Recht“ hat Bismarck nach so vielen Andern gesagt; gut! bereiten wir den Tag vor, da Recht vor Gewalt gehen wird.

Wenn es wahr ist, daß die Ideen der Solidarität sich mehr und mehr ausbreiten; wenn es wahr ist, daß die Errungenschaften der Wissenschaft bis in die niedersten Hütten dringen, wenn es wahr ist, daß die Wahrheit zum Gemeingut Aller wird, wenn die Entwicklung im Sinne der Freiheit und Gleichheit, der Gerechtigkeit und Menschenliebe fortschreitet, so werden die Arbeiter, die Pioniere einer neuen Zeit, welche zugleich im Besitze des Rechtes und der Gewalt sind, die Revolution durchzuführen, welche das „Reich Gottes“ auf Erden einrichten und alle Menschen zu Menschen machen wird!

Der Krieg um die Rechtschreibung.

Gedanken über Kanzlerwillkür und Reichstagsdummheit.

Von einem Lehrer.

Ist denn aus deutschen Landen alles Schamgefühl entflohen? Oder ist der blaue Dunst, welchen ein allmächtiger Minister und Reichskanzler zu machen versteht, so stark, daß durch ihn alles klare Sehen verhindert wird? Oder ist der Rebel nur im Haupte einer hochblühlichen „Volksvertretung“ und benimmt derselbe alle Fähigkeit zu denken? Im Erzgebirge hungern die Arbeiter; in Schlesien auch; Arbeitslosigkeit und Nothstand überall! Die faule, feige Bürgererschaft aber zittert vor dem rothen Gespenst. Die Steuerlast ist kaum zu tragen und doch Erhöhung derselben in sicherer Aussicht. Dann Vermehrung des Militärs! Und was thut die Volksvertretung? — Sie beschließt sich — hört! hört! — mit der deutschen Rechtschreibung!

Ist das nicht Hohn? Der Boden Deutschlands glüht vor vulkanischer Bewegung; aber der dumme Bürger will es vor lauter Furcht nicht merken, ehe er nicht sich den Steiß verbrennt, ehe nicht sein Lagerstroh in Flammen steht! Und Bismarck? Man weiß nicht, ob man den Mann betauern soll wegen seiner geschickten Behandlung unserer famosen Volksvertretung oder verachten, weil er mit klarem Bewußtsein das deutsche Volk einem Bürgerkrieg entgegensetzt. Und die deutsche Volksvertretung? Nun ja, die beschäftigt sich mit der — Rechtschreibung; und um recht schreiben zu lernen, läßt sie das Recht nach Herzenslust mit Füßen treten. Doch das ist ja auch interessant und wichtig, daß wir deutsch schreiben lernen und keine Kleinigkeit; denn hört! der Reichskanzler interessiert sich dafür, es ist sogar ein Konflikt im Ministerium — das muß doch wichtig sein! Bismarck ist für die alte historische Rechtschreibung, Puttkammer und Stoich sind für die neue phonetische; es werden Erlasse veröffentlicht, Puttkammer kann nicht bleiben — Alles wegen der Rechtschreibung! Es wird eine Vorlage an den Reichstag kommen, die Sache muß genau untersucht werden, und — widerliches Bild — die Volksvertretung stürzt sich in diese Untersuchung und ist taub und blind gegen das, was während dessen vorgeht! Bismarck sieht dasselbe Bild, gerade so, wie wir es hier schildern, und verachtet eine Volksvertretung, welche sich so nassführen und treten läßt. Wahrschäftig, er lacht nicht, sondern er verachtet und hat ein Recht zu verachten. Aber er hat keinen Theil an der Blindheit unseres Reichstages.

Oder meint man, daß Bismarck nicht weiß, was im Volke vorgeht? Seine Handlungen beweisen das Gegentheil; sie zeigen, daß Bismarck gar wohl das Bewußtsein hat von dem Kampfe, welcher bereits zwischen der Sozialdemokratie und der absoluten Monarchie entbrannt ist und noch viel heftiger und blutiger entbrennen wird. Die Sozialdemokratie rüftet zum Kampfe durch die Agitation, das einzige Mittel, welches ihr zu Gebote steht. Ihr gegenüber hat Bismarck reiche Mittel. Erstens versucht er der Sozialdemokratie den Boden streitig zu machen, indem er ihre Ideen auf seine Weise verwirklichen will, durch das Monopol; denn durch dieses würde ja in der That der Staat das Risiko der Produktion übernehmen und die Arbeiter gegen die Schwankungen und Uebermacht des Kapitals sicher stellen können; ob es wirklich der Fall sein würde, ist freilich sehr fraglich. Auch kann die Sozialdemokratie niemals darauf eingehen, denn sie ist demokratisch, und nur durch sie können durch die Uebergabe der Produktion und ihres Ertrages an die Arbeiter, diese wirklich sichergestellt werden. Auf eine Demokratie kann Bismarck wiederum nicht eingehen, denn er ist ein Junker und kein Verklies. Das zweite Kampfmittel Bismarcks ist das Sozialistengesetz, durch welches er die Agitation zu hindern sucht und die Gegner materiell an ihrem Vermögen und Hülfsmitteln schädigt. Das dritte Mittel ist die Unterdrückung der Press- und Redefreiheit und hängt mit dem zweiten eng zusammen, zieht aber weitere Kreise in Mitleidenschaft. Das vierte Mittel ist aber positiv: die Verstärkung der Heeresmacht; sie soll die absolute Monarchie (denn daß wir eine konstitutionelle hätten, wird sich wohl Niemand einbilden, welcher einigermaßen klar sieht) die kommende Revolution niederzuschlagen. Denn die Zucht des preussischen Unteroffiziers ist anerkannt eine wirksame und weiß manchem guten Deutschen Liebe zum Herrscherhause einzuprägen; außerdem ist die Macht in Waffen größer, also auch die Aussicht des Sieges auf jener Seite.

Bismarck weiß seine Pläne wohl zu berechnen und durchzuführen. Er hütet sich allerdings, dieselben offen darzulegen, denn er müßte ja unserer „Volksvertretung“ dann selbst die Augen öffnen. Deshalb läßt er, der verantwortliche Minister, sich niemals sehen und unverantwortliche Staatssekretäre für sich reden — herrliche Verantwortlichkeit! Dann rechnet er unfehlbar auf die Dummheit der erleuchteten „Volksvertretung“, und diese Berechnung ist vollkommen sicher. So bei der Militärtafeldebatte: „Seht in Rußland die Nihilisten und ihr verwerfliches Treiben!“ „Seht nach Frankreich! Zwar droht uns dort kein Krieg, wir brauchen die Armeevermehrung eigentlich gar nicht — inbeß es ist uns nur um des lieben Friedens willen.“ Und die Volksvertretung schaut nach Rußland, blickt nach Frankreich und sieht nicht, was

im eigenen Lande vorgeht, sondern bei diesem Augenverbreiten wird sie abgepannt und fällt in einen magnetischen Schlaf, schlimmer als den von Professor Hansen hervorgebrachten. Und wie im Traume nicht sie dann ihr „Ja“ und das Militärgesetz ist durchgegangen! Damit der Reichstag sich ja nicht zu lange mit der anstrengenden Politik befasse, wird ihr dann ein anderer Brocken hingeworfen und über der — Rechtschreibung vergißt sie alles andere, namentlich die sozialen Verhältnisse; so ist dafür gesorgt, daß keiner je auf schlimme Gedanken komme.

Bismarck, anstatt dem Volke entgegenzukommen, greift zu den gewaltthätigsten, tyrannischsten Mitteln und scharft dadurch den Haß und den Gegensatz zwischen Volk und Monarchie, er fährt so mit klarem Bewußtsein das Land einem blutigen Bürgerkriege entgegen. Die elendeste Rolle aber spielt die „Volksvertretung“. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß die Arbeiterhäute die ganze Gesellschaft auseinanderjagten und ihr mit Ruthen das Recht recht auf den Rücken schrieben!

Erwiderung.

In No. 12 des „Sozialdemokrat“ hat ein Parteigenosse „aus Süddeutschland“ mich wegen meiner Rede, die ich am 2. März im deutschen Reichstag gehalten, deshalb angegriffen, weil ich darin unter anderem erklärte, daß auch die Sozialdemokratie gegen einen äußeren Feind Front machen werde, wenn ein solcher wirklich deutsches Gebiet angreife. Diese Erklärung — die übrigens nichts weniger als in einer feierlichen Weise abgegeben war, wie man dies nach der eifrigen Verbreitung durch das Volkliche Telegraphenbureau glauben könnte — hat den Zorn des süddeutschen Genossen erregt, der darin eine Art von Prinzipienverstoß erblickt zu müssen glaubte.

Ich erkläre nun, daß ich meine damaligen Worte auch heute voll und ganz aufrecht erhalte und daß, wenn es Parteigenossen gibt, die da glauben, ich sei „zu weit“ gegangen, ich andere in Menge gefunden habe, die sagen: es sei durchaus nothwendig gewesen, eine solche Erklärung resp. Erklärung meines Standpunktes abzugeben, um der gefühllos verbreiteten Meinung entgegenzuwirken, als sei die international gesinnigte deutsche Sozialdemokratie in dem Sinne waterlandlos, daß es ihr völlig gleichgültig sei, ob eine beliebige fremde Macht gegen deutsches Gebiet an sich reiße, oder ob Deutschland unter Fremdherrschaft komme. Nach dem Tone, den der Genosse aus Süddeutschland angeschlagen hat, soll diese Gleichgültigkeit die einzig richtige Taktik der deutschen Sozialdemokratie sein, und unsere Freunde verbreiten diese Auffassung in der That seit langem geflüstert und mit gutem Erfolg. Ich bestreite aber die Richtigkeit dieser Auffassung ganz entschieden.

Wir bekämpfen den Patriotismus nicht an und für sich, sondern nur in so fern, als dieser als Heilmittel gegen fremde Nationalitäten dient, als er dazu benutzt wird, den Chauvinismus, den Nationalitätenhaß und die Nationalitätstheorie groß zu ziehen, um mit Hilfe dieser Eigenschaften beliebige Kriege entzünden zu können, die nur dazu dienen sollen, die Ketten, die das Volk trägt, weniger fühlbar zu machen, indem man seine Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen nach Außen ablenken sucht. Der Patriotismus, der in der Liebe zu dem Lande besteht, in dem man geboren, in dessen Sitten und Sprache man erzogen ist, der mit einem Wort den Boden bildet, in dem unser Sein wurzelt und sich entfaltet, dieser Patriotismus wird von der Sozialdemokratie nicht nur nicht verworfen, er wird dadurch tagtäglich von ihr im höchsten Maße gelbt, daß sie das System, das auf diesem Boden herrscht, mit aller Kraft und allen Verfolgungen zum Trost bekämpft und Jedem, der diesen Boden verlassen will, zuruft: „Hic Rhodus, hic salta!“ — bleibe hier und kämpfe mit, hier ist der Boden, auf dem wir die neue Zeit, die neue Welt zu erkämpfen und zu schaffen haben.“

Diese einfache Thatsache beweist, daß uns das Land, das unsere Heimath ist, trotz unserer weltbürgerlichen Gesinnung nicht gleichgültig ist. Und wenn dies richtig ist — und unsere ganze Thätigkeit für bessere Zustände in unserm Heimathlande beweist es — so kann der Genosse aus Süddeutschland auch nicht bestreiten, daß die erste Bedingung für die Befreiung dieses Bodens in unserem Sinne die ist, daß dieser Boden dem Volke, das auf ihm lebt, gehört, und nicht fremde Eroberer sich auf demselben breit machen. Unsere weltbürgerliche Gesinnung bedingt oder fordert nicht die Gleichgültigkeit gegen das Heimathland; sie bedingt vielmehr die brüderliche Gesinnung gegen die Bewohner aller anderen Länder, vorausgesetzt daß man dort die gleiche Gesinnung gegen uns hegt. Nicht aus brüderlicher Liebe zu einem Andern, der mich haßt, todtzuschlagen zu lassen, würde einfach an Wahnsinn grenzen.

Wie wichtig die nationale Einheit, wie immer sie gestaltet sein mag, auch für die ökonomische und die sozialistische Entwicklung ist, das haben uns die letzten 10 Jahre gezeigt. Was hat der sozialistische Bewegung in Deutschland seit 1871 den mächtigen Aufschwung gegeben, der unsere Feinde zittern machte und die endliche Vereinigung der früher sich heftig bekämpfenden Fraktionen herbeigeführt hat? Einfach der Umstand, daß mit Beendigung des deutsch-französischen Krieges der Jantapfel über die nationale Gestaltung Deutschlands so gut wie beseitigt war und gleichartige wirtschaftliche Gesetze die Gleichartigkeit der ökonomischen Entwicklung möglichst förderten.

Wäre der Genosse aus Süddeutschland älter und erfahrener in der Bewegung, als er augenblicklich ist, so würde er wissen, wie eine der Hauptkonflikte zwischen dem Allg. deutschen Arb. Verein und den Eisenmachern vor 1870 die Stellung zu den Ereignissen des Jahres 1866 und deren Folgen war. Er würde aber auch fernher wissen, daß seine Ansicht, die deutsche Sozialdemokratie habe sich auch in einem Angriffs-Kriege seitens des Auslandes einfach neutral zu verhalten, schon durch die Stellung, welche dieselbe den Ereignissen des Jahres 1870 gegenüber einnahm, als eine grundbrieger anerkannt wurde. Als der Krieg von 1870 ausbrach, war in der ganzen deutschen Sozialdemokratie darüber kein Zweifel, daß man bei einem Angriffs- und Eroberungskrieg gegen Deutschland verpflichtet sei, alles für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit anzubieten. Wohl aber waren damals die Meinungen darüber sehr gespalten, ob der von Napoleon formell erklärte Krieg wirklich ein Angriffs- und Eroberungskrieg und nicht vielmehr ein durch die Bismarck'sche Politik gewollter und aufgedrungenener sei.

Diese letztere Ansicht hatten damals im norddeutschen Reichstag Liebknecht und ich — und diesen Standpunkt habe ich in der hier in Frage stehenden Rede am 2. März im Reichstag aufs neue gewahrt — und wir gaben demgemäß damals die Erklärung ab, daß zwar Napoleon den Krieg erklärt, derselbe aber das nothwendige und gewollte Resultat der Bismarck'schen Politik sei, weshalb wir uns der Abstimmung für Bewilligung der Kriegsmittel enthalten mußten. Dieser Ansicht haben die damaligen Vertreter des Allg. deutschen Arb. Ver. (Schweizer, Hofencleer, Fröhliche) diametral gegenüber. Sie erklärten: der Krieg sei unabweislich ein Verteidigungskrieg von deutscher Seite, und für diesen die Mittel zu bewilligen sei eine Pflicht, der gegenüber alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten zu verschwinden hätten und sie stimmten demnach für die Bewilligung. Und diese letztere Auffassung wurde getheilt vom Ausschuss der Eisenmacher (Bracke, Spier u.), der sich gegen Liebknecht und mich erklärte, und mit diesem eine Reihe Mitgliedschaften. Einigkeit wurde erst erzielt, als durch den Sturz Napoleons der angebliche Friedensförderer verschwunden war und durch die nunmehr offen betriebene Agitation für die Annexion von Elsaß-Lothringen aus dem Verteidigungskrieg ein Eroberungskrieg wurde.

Diese Auffrischung eines geschichtlichen Vorkommnisses im Leben der deutschen Sozialdemokratie dürfte dem süddeutschen Genossen beweisen, daß die von ihm verlangte absolute Neutralität auch in einem Angriffskrieg auf wirklich deutsches Gebiet etwas schwerer aufrecht zu erhalten sein dürfte, als er sich vorstellt. Und es liegt das ganz in der Natur der Sache.

Zum Ueberflus will ich ihm noch mittheilen, daß gerade Genosse Kayser, auf den er sich in seinem Angriff auf mich für seine Ansicht berufen zu dürfen, es war, der sein volles Einverständnis mit meiner Erklärung sofort im Reichstag ansprach, „weil damit ein für allemal dem allerbüchsten Wunsch, als wolle die deutsche Sozialdemokratie deutsches Land jedem beliebigen Eroberer Preis geben, ein Ende gemacht

werde." Mit der Bemerkung auf Hasselmann dürfte der berechnete Genosse nach jener ganzer bisheriger Auffassung ebensowenig blind haben; sicher ist es aber lächerlich, wenn er glaubt, dessen dreimonatliche, ungeschuldig verübte Unterdrückung als Motiv für eine kurzfristige Politik der Rache einem Genossen gegenüber anführen zu dürfen, den das heutige System bis jetzt drei und ein halbes Jahr, und zwar nach seiner Meinung auch ungeschuldig, hinter Schloß und Riegel gehalten hat.

Ich begreife den Haß und die Erbitterung, welche unsere Genossen über unsere Zustände und die uns widerwärtige Behandlung erfüllt; ich theile diese Gefühle vollständig und sehe lieber heute als morgen, daß diesen Zuständen der Jammer, einerlei wie, ein Ende gemacht werde. Aber es ist ein vollständiges Verkennen aller geschichtlichen Entwicklungen und der Vorbedingungen dazu, wenn der süddeutsche Genosse glaubt, daß eine feindliche Invasions- oder gar die Abweisung deutscher Gebiets-theile für die Entwicklung und den endlichen Sieg der deutschen Sozialdemokratie gleichgültig, wenn nicht gar förderlich sei. Die erste Lebensbedingung für jedes Volk ist seine nationale Unabhängigkeit, und daher sind nationale Befreiungskriege und daraus folgende nationale Unabhängigkeit die erste Vorbedingung für jede höhere und eigenartige Kultur-entwicklung eines Volkes. Ein Krieg, der Deutschland zwänge, für seine nationale Unabhängigkeit einzutreten, würde eine so gewaltige Anfrischung der Kräfte herbeiführen, daß gegenüber diesem einen Zweck alles andere als eine Nebenabsicht erschiene, und jede Partei unmöglich wäre, die sich diesem widersetzte oder gleichgültig verhielte. Das ist nicht bloß meine Auffassung, das ist auch die Auffassung eines sehr hervorragenden, bekannten deutschen Parteigenossen im Ausland, der mir kürzlich schrieb: „Ein europäischer Krieg, in dem Deutschland für seine Unabhängigkeit kämpfen müßte, wäre das größte Unglück, das die deutsche Sozialdemokratie treffen könnte; er würde die Bewegung um 20 Jahre zurückwerfen.“

Ich meine, über das, was die deutsche Sozialdemokratie im Falle eines Angriffskrieges zu thun habe, könnten wir uns bei unseren französischen Genossen sehr leicht Rath holen. Wenn Sozialisten je Ursache hatten, mit einem Regime unzufrieden zu sein, so waren es die französischen Sozialisten unter dem dritten Kaiserreich. Unsere französischen Genossen waren 1870 so gut wie wir gegen den Krieg, als aber der Feind in Folge des Kriegs ihr Land überschritt und die Feinde vor der Lust von Provinzen drohte, da hat sich auch nicht eine sozialistische Stimme in ganz Frankreich erhoben, die mit Hinweis auf die herrschenden Zustände von dem Kampfe bis zum äußersten abgerathen hätte. Alle haben gekämpft, bis der Kampf zu Ende war. Glaubt nun der Genosse aus Süddeutschland, daß die französischen Genossen sich weigerten, die Waffen zu ergreifen — einerlei, was in dem Moment in Frankreich am Ruder stehe — wenn es sich um die Rückeroberung von Elsass-Lothringen handelte? Sicher nicht. Und da glaubt er, die deutsche Sozialdemokratie könne und müsse Genoth beim Fuß ruhig zusehen, wenn z. B., was immer für eine Regierung in Frankreich, nach dem linken Rheinufer — der Rheinpalz, Köln, Koblenz, Mainz etc. — oder Rußland nach den deutschen Provinzen griffe? Beachte denn die internationale Bekanntheit der deutschen Sozialdemokratie darin, daß sie jeder fremden ausländischen Macht das Recht zuspricht, Deutschland zu mißhandeln und nach Belieben zu vertheideln? Ich glaube, dafür dürfte sich auch der süddeutsche Genosse bedanken.

Und glaubt man mir begegnen zu können, mit dem Hinweis auf den Gebrauch, den die französische Sozialdemokratie mit den Waffen in der Hand auch gegen ihre inneren Feinde gemacht habe, so antworte ich: Was die deutsche Sozialdemokratie damit thun will oder thut, habe ich nicht präjudicirt. Es ist vielleicht die gute Seite von dem System, das jetzt in Deutschland seine höchsten Triumphe feiert, daß es, um sich selbst zu schützen, seine eignen inneren Feinde und die, die es naturgemäß noch werden müssen, in den Waffen üben muß! Die Zukunft wird darüber entscheiden!

Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampf für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das heimische jamaote Regierungssystem und ihre Todfeinde mitvertheidigen zu müssen; aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los — diese könnten der einheimischen Tyrannei nur das Leben verlängern, das hat 1813—15 bewiesen —, sondern allein durch eigne Hülfe, durch die Ueberrückungen des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. Wir geben uns, indem wir unser Land und uns selbst — nicht unsere Feinde und deren Institutionen, die vorübergehende sind — gegebenen Falles vor Herstellung und Unterjochung schützen, nicht zum Bollwerk her, um unseren wackeren Politisten und Richtern Schut vor dem Feinde zu bieten, wie der berechnete Genosse aus Süddeutschland höhnt, sondern um selbst freie Hand zu haben, uns mit unsern Feinden zu Hause in's Keine sehen zu können. Es könnte eine Zeit kommen, wo ein russischer Kaiser mit seiner Armee in Berlin den Feinden der Sozialdemokratie sehr genehm, ihr selbst aber sehr unbequem wäre. In meiner Rede vom 2. März ist nicht ein Wort, das unserm Standpunkt etwas vergäbe, denn wir vertheidigen in einem Vertheidigungskrieg nicht unsere Feinde und deren Institutionen, sondern uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserm Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsere Thätigkeit bildet. Nur eine durch — allerdings begründete — Erbitterung getriebene Einsicht kann diese einfache und selbstverständliche Auffassung zu einer Art von Verbrechen stampeln.

Leipzig, 10. April 1880.

A. Bebel.

Zur Frage der Taktik.

Die von der deutschen Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes eingesetzte Taktik hat in Kreisen außerdeutscher Sozialisten nicht selten Widerspruch und Belämpfung erfahren, welche durch einige ungeduldige deutsche Sozialisten noch gesteigert worden sind und eine scheinbare Begründung erhalten haben. Einen Theil der Schuld hieran trägt ohne Zweifel der bekannte Mangel eines Parteiorgans während des ersten Jahres des Sozialistengesetzes, wodurch eine Erklärung der die Marsch- und Kampftaktik unserer Partei bestimmenden Umstände unmöglich gemacht und die ausländischen Genossen ununterrichtet ihren falschen Vorstellungen über die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Verhältnisse überlassen wurden. Wie sehr dieser Mangel eines Parteiorgans zur zeitweiligen Mißkenntnis der gegenwärtigen deutschen Bewegung beitrug, zeigt am besten die Thatsache, daß von dem ersten Erscheinen des „Sozialdemokrat“ an die vielfach irrigen Ansichten über unsere Taktik und ihre theilweise Belämpfung seitens der auswärtigen sozialistischen Presse sich allmählig und unaufhörlich vermehrt haben. Jetzt können wir feststellen, daß unsere Partei — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — heute weder in den spherischen, schweizerischen, niederländischen, holländischen, dänischen, amerikanischen, noch in den französischen, wallonischen, italienischen, polnischen oder sonstwelcher Nationalität angehörigen Organen des Sozialismus ähnlichen Vorurtheilen und abweichenden Meinungen begegnet, wie in dem Zeitraum vom Beginn der Herrschaft des Sozialistengesetzes bis zur Neubegründung unseres Parteiorgans.

An der Hand des letzteren haben sich die außerdeutschen Genossen überzeugt, daß die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse so außergewöhnliche sind, daß sie nicht so ohne weiteres von außen her beurtheilt werden können und daß auf die so gewonnene Meinung nicht Erwartungen und Forderungen an unsere Partei bezüglich ihrer politischen Haltung geknüpft werden können; die außerdeutschen Genossen sind dann ferner zu der Einsicht gekommen, daß die deutsche Sozialdemokratie denn doch weder ihren Grundgedanken ungetreu geworden ist und aufgehört hat, eine revolutionäre Partei im vollen Sinn des Wortes zu sein, noch daß sie die politische Einsicht verloren hat und den durch die Entwicklung der Verhältnisse erhobenen Anforderungen nicht gewachsen ist. Allerdings erkennt jetzt Feind und Freund, wie unsere Partei zwar nicht unerschütterlich und über jeden Irrthum erhaben war und ist, wie aber ihre Haltung, oder mit andern Worten: ihre Taktik im großen Ganzen die Sache des Sozialismus in Deutschland nicht nur gegen die Schläge des von Regierung und Bourgeoisie gegen sie begangenen Kampfes auf Leben und Tod gefeit, sondern sogar ihre Anhänger vermehrt, ihre Kräfte und ihren Einfluß vervielfacht hat.

Ungetheilte Bewilligung aber hat in Lager des internationalen Sozialismus die neueste Phase unserer Parteientwicklung gefunden, welche in dem in

Nr. 9 unseres Parteiorgans veröffentlichten Aufsatz „An die deutschen Parteigenossen“ ihren Ausdruck gefunden hat. Es thut uns leid, daß uns die Beschränktheit eines Raumes daran hindert, die unbedingt bestimmenden Urtheile zur Kenntniß der deutschen Genossen zu bringen, welche die sozialistische Presse der ganzen Welt, sowie auch nachstehender wöchentlich erscheinender und radikaler Organe über die in jenem Aufsatz zum Ausdruck gekommenen Ansichten und Entschlüsse gefaßt hat. Selbst der „Révolté“, das Organ der Anarchisten, spricht nach einer längeren, allerdings mit verschiedenen Irrthümern behafteten Besprechung der deutschen Bewegung und nachdem er die kennzeichnendsten Züge des Auftrages mitgetheilt, seine Befriedigung und seine Sympathie mit letzterem aus.

Indessen geht sowohl das genannte Organ als manche andere sozialistische Stimme außerhalb Deutschland hierbei von einer falschen Anschauung aus, nämlich von der: daß seit einiger Zeit und namentlich mit jenem Aufsatz eine komplette Aenderung der Taktik der deutschen Sozialdemokratie, ein plötzliches Ueberdenken von dem „geschichtlichen“ ins revolutionäre Jahrwasser eingetreten sei. Dies ist nun aber keineswegs der Fall. Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihrer Entstehung eine revolutionäre Partei, weil ihr Prinzip ein revolutionäres ist. Was aber die Mittel zu Durchführung desselben — oder mit andern Worten die Taktik — betrifft, so sind diese nicht etwas ein für allemal Gegebenes, sondern haben sich nach den jeweiligen Verhältnissen zu richten. So lange uns das Gesetz wenigstens die formelle Möglichkeit bot, unsere gerechten Forderungen auf dem friedlichen „geschichtlichen“ Weg zur Anerkennung und Durchföhrung zu bringen, so lange wäre es ein Unsinn gewesen, uns selbst außerhalb des Gesetzes zu stellen und damit das Odium des böswilligen Freiheitsstörers auf uns zu nehmen. Heute ist von unsern Feinden die letzte Möglichkeit der friedlichen Geltendmachung unserer Rechte hinweggenommen und der Weg der gewaltsamen Ausschöpfung des zwischen der alten Welt der Klassenherrschaft und der neuen Welt des Sozialismus anzutretenden Streites betreten, bezw. die konsequente Fortsetzung des im Oktober 1875 „provisorisch“ begangenen Kampfes beschlossen worden. Dadurch ist unsere Stellung eine wesentlich veränderte geworden.

Die Entwicklung der deutschen Bewegung zu dem gegenwärtigen Stadium war längst voranzusehen und hat sich auch keineswegs plötzlich vollzogen; aber sie durfte nicht überhastet werden, sondern mußte sich naturgemäß, in Anlehnung an die begleitenden Umstände vollziehen. So wenig als erfolgreiche Revolutionen „gemacht“ werden können, ebenso wenig kann die unwillkürliche Aenderung der Taktik einer großen Partei mit Aussicht auf Erfolg von einigen „Führern“ decretirt werden; sie muß vielmehr das Ergebnis der Entwicklung der ganzen Partei und der allgemeinen Lage sein.

Unsere Partei ist jetzt in ein solches Entwicklungsstadium getreten und deshalb war der gehane bedeutsame Schritt eine Nothwendigkeit; die Partei wird in ihrer Entwicklung nicht innehalten und es wird nicht allzulange anstehen, bis wir von weiteren Fortschritten melden können. Diese Entwicklung der Dinge mag wohl manchem Ungeübten zu langsam dünken; aber sie allein behütet uns vor einer krankhaften, den Keim der Fäulnis in sich tragenden Freiheit und verbürgt uns eine gesunde, dauerhafte Frucht!

Wir müssen uns für heute auf diese allgemeine Ausführung beschränken, indem wir ein Urtheil über die Taktik unserer Partei anführen, welches von einem Organ gefaßt wird, welches sich wiederholt und noch vor kurzem sehr abfällig über unsere Taktik geäußert und Vergleiche zwischen der deutschen Sozialdemokratie und andern Revolutionsparteien gezogen hat, welche für erstere nachtheilig ausfielen. Dieses gewiß unparteiische Organ, die „New-Yorker Volkszeitung“, läßt sich jetzt folgendermaßen vernehmen:

„Die Ereignisse schreiten rasch in unserer viel bewegten Zeit, welche so recht die Zeit der Tagesblätter ist. Kaum hat man in irgend einer Tagesfrage von sozialer Bedeutung einen Standpunkt eingenommen, als sich die Verhältnisse ändern, die Voraussetzungen, die man seiner Argumentation zu Grunde gelegt, umgestürzt werden und der ganze zu besprechende Gegenstand sich in ganz anderer Form präsentiert, als er noch vor wenigen Tagen erschien.“

Keinlich ist es uns mit der Besprechung der zwischen der Sozialdemokratie und dem Reformismus bestehenden Differenzen ergangen. Wir haben gesehen, daß dieselben aus tatsächlichen Fragen entspringen sind, zu denen dann erst später prinzipielle Meinungsverschiedenheiten beigetreten sind. Die „Jahreszeit“ der Sozialdemokraten, der Widerspruch zwischen der von ihnen stets gepredigten „Geschichtlichkeit“ der Mittel und dem revolutionären Charakter, der nothwendigerweise jeder sozialistischen Bewegung innewohnt, die ängstliche Verleugnung jeder Solidarität mit anderen, weniger „gemäßigten“ auftretenden sozialistischen Richtungen, — dies sind die Hauptpunkte der von den „Reformisten“ gegen die Sozialdemokratie erhobenen Anklagen. Und nun haben die Ereignisse selbst eine Antwort auf dieselben gegeben, die weit besser und entscheidender ausgefallen ist, als irgend eine noch so überzeugende Argumentation.

Wir meinen die von uns in voriger Woche mitgetheilte Erklärung des Centralorgans der deutschen Sozialdemokratie, die eine vollständige Aenderung der Parteitaktik anstößt und offen die Fahne der sozialen Revolution aufsteckt. Diese Erklärung enthält vor Allem deshalb eine entscheidende Antwort auf alle Anklagen der sozialdemokratischen Taktik, weil sie nicht der Laune dieses oder jenes „Führers“ entspringen ist, sondern als Resultat einer tiefergehenden Umwandlung im Geiste der gesammten Partei zu betrachten ist. Durch ihre Willkür im Großen — in der Gesetzgebung —, wie im Kleinen — im Klassenkrieg gegen jeden sozialdemokratischen Arbeiter — haben die herrschenden Klassen Deutschlands die Sozialdemokratie gewaltsam auf revolutionäre Bahnen getrieben. Daß die leitenden Geister der deutschen Bewegung dieses Resultat richtig vorausgesehen und geduldig abgewartet haben, ohne vor der Zeit mit papiernen Säbeln zu rassen, bekundet ihrerseits einen hohen Grad von politischer Klugheit und eine genaue Kenntniß des Volkscharakters, mit dem sie zu thun haben.

Im Verkennen der Bedeutung dieses letzten Faktors liegt eben der Kern aller Mißverständnisse, welche zwischen den beiden Richtungen unserer Bewegung bestehen. Jeder urtheilt unbewußt vom Standpunkt seiner Nationalität, unter dem Einfluß der sozialen Verhältnisse seines Landes, ohne dabei die Lehre des russischen Sprichwortes zu beherzigen, das besagt: kein König darf seine Disziplin einem fremden Kloster ausdehnen.

Die Eigenthümlichkeiten der sozialdemokratischen Parteitaktik, die den Vertretern des russischen Sozialismus so peinlich auffielen, erklären sich insgesammt aus solchen, von den Anklägern außer Acht gelassenen nationalen Eigenthümlichkeiten des deutschen Volkes. Wenn die deutsche Sozialdemokratie in ihren Lokalitätsbezeugungen nach den Attentaten ein bißchen sehr weit gegangen ist, allerdings viel weiter, als die russische radikale Presse es in ähnlichen Fällen zu thun pflegte, so geschah dies keineswegs nur aus Rücksicht auf die Regierung, in dem Wahne, die Lokalität könne die Partei vor Repressivmaßregeln bewahren, sondern vor Allem aus Rücksicht für das Volk selbst. Der Krieg mit Frankreich, der daraufhin kippig emporgewucherte Nationalitätsdusel hatten gerade in den letzten Jahren eine der Grundursachen der deutschen Volkscharaktere, welche die Bewunderer den „schwärmerischen Zug“, die Spötter aber schlechtweg — „Nischelei“ nennen, zur vollen Blüthe gebracht. Mit dieser Eigenthümlichkeit mußte eine Partei, die zur wahren Volkspartei emporgewachsen war, wohl oder übel rechnen und dadurch erklären sich sowohl das Verhalten der sozialdemokratischen Organe nach den Attentaten, wie auch einige andere, nicht gerade ansprechende Absonderlichkeiten der damaligen Agitation, wie z. B. das hohe, süßliche Pathos, der nicht selten schablonenhafte Charakter der Reden und Schriften, auf den schon im vorigen Jahre einer der fähigsten deutschen Agitatoren in dem „Jahrbuch der Sozialwissenschaft“ (Abdrucke auf die sozialistische Bewegung in Deutschland) hingewiesen hat. Alle diese und ähnliche Eigenthümlichkeiten der deutschen Bewegung mögen für einen fremden Beobachter sympathisch oder antipathisch sein, — dies macht nichts zur Sache: sie sind und bleiben auf ihr thätigen Charakterzügen des Volkes begründet, die einmal nicht wegzulugnen sind. Jedes Volk erstift die revolutionäre Idee des Sozialismus auf seine Art und wehe der Partei, die in ihrer Agitation dem Charakter des Volkes keine Rechnung trägt! Wenn deutsches Volk sängt die revolutionäre Entwicklung mit einer abstrakten Idee, mit einem oft unklaren Streben und Zehnen an, das über die Wirklichkeit erhaben, mit dieser so wenig als möglich in Kollision gerathen darf. Erst wenn angere Ereignisse dieses Ideal in faßbare Formen fügen, oder wenn ein äußerer Zwang dem friedlich freibewenden und sich schmelzenden Gemüth festen anliegen sucht, erst dann er-

macht die Thatkraft im deutschen Geiste, erst dann dämmert ihm die Möglichkeit eines gewaltsamen Kampfes auf und wird ihm die bittere Wahrheit klar, daß ein Ideal der Liebe zu seiner Verwirklichung des allhöchsten Hasses, der ungebundensten Gewalt bedarf, daß die soziale Entwicklung eines Volkes keine Züßle ist aus dem Schäferland Arabien. Daß die deutschen Sozialdemokraten sich mit bestem Erfolge diesem Entwicklungsprozesse des Volksgenies angeschlossen, zeigt der gegenwärtige Stand der Bewegung in Deutschland, ihre stets wachsende Macht und Organisation...

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Eine neue schmäbliche Verletzung des Asylrechtes! Der russische Sozialist Peter Krapotkin ist, nachdem die in unserer Nr. 5 berichtete erste Ausweisung gegen ihn und zwei polnische Genossen auf Protest radikaler Großräthe zurückgezogen worden, auf Verlangen der russischen Gesandtschaft aus Genf ausgewiesen worden! Und was das Beschämendste ist: dieses neue Attentat auf die schweizerische Ehre macht weit weniger Aufsehen als die ersten Streiche gegen Reichajew, Geshien, Brouffe. Natürlich! „Du singst mit Einem heimlich an, bald kommen ihrer mehr dran, und wenn Dich erst ein Duzend hat, dann hat Dich auch die ganze Stadt.“ Es ist nur gut, daß sich Hartmann nicht nach der Schweiz wandte, wo unwürdige Bühnen der Republik frechen Tyrannen keinen Wunsch versagen können; die Schande Reichajew hätte sich zweifelsohne wiederholt. Umhülle Dein Haupt, Helvetia, und höre auf, von Freiheit und Tyrannenhäß zu singen; die Zeiten der Telle sind vorüber!

Deutschland.

* Die welterschütternde Kanzlerkrise ist bereits wieder in der in Deutschland jetzt gebräuchlichen Weise beendet worden, d. h. Bismarck hat Recht behalten und die kleinen „Souveräne“, sowie der Kaiser und alles, was sonst noch auf Macht Anspruch macht, haben sich Seinem Willen gefügt. Uebrigens handelte es sich offenbar um mehr als den angeblichen Grund der Krise: die Quittungssteuer, und aller Wahrscheinlichkeit nach ist die russische Politik mit im Spiel gewesen. Wie es aber auch sei — uns kann es nur willkommen sein, wenn Bismarck auf solche Weise die Idee der Legitimität im deutschen Volke immer gründlicher vernichtet!

— Es ist überaus bezeichnend für die Rath- und Hilfslosigkeit der ihren nahen Untergang vor Augen sehenden heutigen Gesellschaft, daß sie so viele längst dahingegangene, vermoderte Ideen und Männer wieder aus ihren Gräbern reißt, um sie als das neue Heil der Völker zu preisen, und der thatkräftigen, lebensstrobenden neuen Welt des Sozialismus fürchterliche, unbeflegbare — Leichname entgegenzustellen. Siebenzehn Jahre ist es nun schon her, daß Herr Bastiat-Schulze von Delisch, der gravitäre Theaterring im sozialen Reich, unter den Händen Lassalles den Geist (man gestatte den herkömmlichen Ausdruck, obgleich er nicht so recht passen will!) aufgab. Längst sind der Dahingegangene, seine „Idee“, und seine Schöpfungen in Staub zerfallen und sein Andenken nahezu vergessen. Aber leider hatte die undankbare Welt verstanden, ihm ein Stammgrab zu kaufen, und so grub man ihn denn nach Umlauf der herkömmlichen Zeit wieder aus und warf seine Gebeine in das Knochenhaus. Dort fand sie die Aera des Sozialistengesetzes und der „positiven Belämpfung der Sozialdemokratie“, fügte sie nothdürftig zusammen, drapirte einige Fäden darum und präsentirte das Gerippe der Welt als Neuerflandener. Die Welt der Bourgeoisie aber glaubte den Schwindel und erwieß dem Klappermann große Ehre und pries ihn als Retter der Gesellschaft.

Es ist jetzt ein paar Monate her, daß das „freisinnige Bürgerthum“ ein großes Aufsehen von einem in der „deutschen Revue“ erschienenen Artikel ihres Klassenheiligen machte, in welchem derselbe das Wort zu dem Thema der positiven Belämpfung der Sozialdemokratie nahm. Er, soziale Majestät führte darin aus, daß die besser situirten Klassen sich nicht lastenmäßig abschließen dürften, sondern ihre Reihen aus den aufstrebenden Elementen verjüngen müßten. Nicht durch die Beanspruchung eines größeren Maßes von Rechten, sondern durch die freiwillige Uebnahme eines größeren Maßes von Pflichten, im vollen Bewußtsein der sittlichen Verantwortlichkeit ihrer sozialen Lage, vermöchten die gänzlich situirten Klassen sich in ihrer Stellung zu behaupten. Alle diese Bestrebungen verwirklichen sich aber, meint Schulze, am besten in den „freien Vereinen“, wie er sie stets zu befördern gesucht. Verbanke die sozialistische Agitation dem festen Zusammenfluß der Partei ihre Erfolge, so sei dieses Mittel auch zu ihrer Belämpfung unentbehrlich. Förderung aller auf Ausbildung der Einzelnen, auf ihr Emporkommen durch eigene Thätigkeit gerichteten Bestrebungen — darum müsse es Allen zu thun sein, die es ehrlich mit der Sache meinen! Die Gesellschaft aber hat nach Schulze die Verpflichtung, die Möglichkeit dieser Entwicklung des Einzelnen zu gewähren, das Resultat der Entwicklung, sagt er, kann sie nicht verbürgen. Die ihnen gebotene Möglichkeit auszunutzen, das sei die Aufgabe der Arbeiter selbst, es sei eine Forderung, die jeder Einzelne von ihnen an sich selbst zu richten habe u. s. f. Kurz, der alte, zehnmal abgebräute Kohl der famosen „Selbsthilfe“: der Ertrinkende soll sich selbst retten!

Je mehr aber diese Schulze'schen Theorien sammt allem drum und dran hängenden Krimstrams durch die Entwicklung der sozialen Verhältnisse, der Wissenschaft und der Volkseinsicht überholt und abgethan sind, desto besser gefallen sie der Bourgeoisie, deren Interesse sie ihren Ursprung verdanken. Ja, der Ruhm des Schulze'schen Namens tönt jetzt in fremden Ländern lauter denn je. In Italien wurde jüngst an den dort anwesenden deutschen Kronprinzen von italienischen Selbsthülfern ein Lobhymnus auf den „großen Meister“ Schulze gefungen. Die meiste Ehre erlitt letzterer aber augenblicklich in Frankreich. Vor ein paar Monaten hat der liberale Pariser Banquier Isaac Pereire sich das Vergnügen gemacht, den splendiden Preis von 100,000 Franken für die beste Lösung von vier „sozialen Fragen“ anzubieten und in das von ihm zur Beurtheilung der eingehenden „Lösungen“ niedergelegte Preisgericht auch Schulze's Delisch zu berufen, unter folgender Motivirung: „Ganz unent-

behrlich, sagt Vereire in der „Liberte“, war für unsere Liste der Reichstagsabgeordnete, welcher in Deutschland das Chaos der alten kommunistischen Utopien geläubert und der sozialen Bewegung seiner Zeit einen solchen Anstoß gegeben hat, daß nach dem von ihm geschaffenen Muster mehr als zweitausend deutsche Arbeitervereine gegründet worden sind. Der internationale Charakter unseres Werkes mußte ganz von selbst diesen Kämpfern der Freiheit und Emanzipation der arbeitenden Klassen herbeirufen. Diese famose Motivierung kennzeichnet ebenso sehr den „hochherzigen“ Preisgeber und die in seinem Preisgericht sitzende Gesellschaft, als sie geeignet und bestimmt ist, allenfalls an der Lösung der Fragen mitwirkenden Sozialisten den Kiesel vorzuschleichen.

Veranlaßt durch diese Vereire'sche Schenkung, sowie durch ein zum Zweck der Einführung des Schulze-Delbisch'schen Genossenschaftswesens jüngst in Paris gemachtes Legat von 2 Millionen Franken hat nun die französische Regierung einen eigenen Kommissär nach Berlin geschickt, der „unter Anleitung von Dr. Schulze-Delbisch sich genaue Kenntniß über das deutsche Genossenschaftswesen verschaffen“ will, worauf das Schulze'sche „System“ in Frankreich eingeführt werden soll. Hoffentlich lebt aber die heutige französische Regierung nicht so lange, daß sie zur Ausführung dieses genialen Gedankens kommt, damit das französische Volk nicht die widerliche Selbstzerstörung der Schulze'schen Selbsthilfe mit ansehen und unter ihr leiden muß, wie wir es leider in Deutschland erleben mußten. Die in der Sammlung begriffene sozialistische Arbeiterpartei Frankreichs wird wohl ihr Möglichstes thun, um Regierung und Land dieser Mähen zu überheben.

— Weiße Sklaven. Eine vorurtheilslose Betrachtung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse lehrt uns aufs eindringlichste, wie wenig Grund unser Jahrhundert hat, auf die Zeiten der Sklaverei und Leibeigenschaft in düsterem Mitleid zurückzublicken. Nirgendwo ist das „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene“ weniger angebracht, als in der Gesellschaft des Lohnsystems und Kapitalismus. Denn weit entfernt, daß das Wesen der Sklaverei heute eine abgethane Sache wäre, fehlt es sogar nicht einmal an den Formen derselben, und zwar an solchen der menschenwürdigsten, empörendsten Art. Wenn man die formelle Verhandlung des Menschen (denn die thatsächliche unter der, Thoren täuschenden Form der freien Arbeitswahl ist alljährlich) als das wesentlichste Merkmal der Sklaverei betrachtet, so wird man den Bestand der letzteren wohl nicht leugnen können, wenn man z. B. nachfolgende Bekanntmachung des Bürgermeisters von Wetzlar (Verständiger und Anzeiger an der Niederrupper Nr. 6) liest: „Eine arme Mannsperson, welche noch zu leichteren Arbeiten fähig ist, soll am Donnerstag, den 22. d. M., Morgens 11 Uhr in meinem Bureau behufs Verpflegung aus der Armenkasse an den Mindestfordernden vergantet werden, wozu Unternehmungslustige hierdurch eingeladen werden“. Ein Mensch in öffentlicher Unterdrückung an den Mindestfordernden „vergantet“ — wie weit ist da noch bis zum unbedingten Verkauf? Wer erinnert sich ferner nicht der allbekanntesten Anzeigen gewisser Gefindebüros, welche schwedische, polnische u. Dienstboten und Landarbeiter jedes Geschlechts und Alters „auf Lager“ haben und gegen eine gewisse Summe „liefern“, fast ganz so, wie auf den orientalischen Sklavenmärkten? An eine der infamsten Ueberbleibsel der Sklaverei aber sind wir vor kurzem wieder erinnert worden. Kurz nach St. Josephstag haben in Ravensburg wieder die sogenannten Kindermärkte begonnen. Seit Jahren, aber in stets zunehmender Zahl, werden hier Kinder von 6 bis 14 Jahren, die von schlauen Unternehmern bei armen Eltern der Ostschweiz, Tirols und Vorarlbergs für wenige Franken ermiethet und dann in Trupps nach Ravensburg getrieben werden, je für die Zeit von Anfang April bis Ende Oktober an Bauernhöfe zum Viehhüten u. dergl. verdinget. Für kräftige Burschen und Mädchen erhalten die „Vermiether“ 22—30 Gulden; jüngere und zartere Kinder dagegen werden schon eher bloß um's Essen „losgeschlagen“. Daß diese unglücklichen Geschöpfe, welche durch Noth und Selbstsucht für die schönste Zeit des Jahres heimathlos gemacht werden, durch ein solches Verbindungssystem, das dem Sklavenhandel so ähnlich steht, wie ein Ei dem andern, sowohl einer schädlichen Ausbeutung ihrer körperlichen Kräfte, als einer sittlichen Verwahrlosung ausgesetzt sind, die ein Einschreiten des Staates längst gerechtfertigt hätte, ist auf der Hand liegend. Dieser Kinderhandel ist ein empörendes Verbrechen an der Jugendwelt. Aber alle bisherigen Anregungen in der Presse, ja sogar in der schweizerischen Bundesversammlung haben nichts genützt; wenn man nicht sehen will, ist man mit offenen Augen blind. Und so wird wohl auch dieser Kindermarkt gleich so vielen anderen Resten der Sklaverei erst durch den Sieg des Sozialismus hinweggeräumt werden!

— Eine Muster-„Wähler“-Versammlung nach dem Herzen der Reaktion. Vordrigen Sonntag fand im Berliner 2. Wahlkreis eine Zusammenkunft konservativer Wähler statt, in welcher Professor Max Duncker, der jedoch selbst nicht zu erscheinen für notwendig gehalten hatte, als Kandidat vorgeschlagen wurde. Diese Kandidatur fand jedoch nicht allgemeinen Beifall, indem ein Wähler einzuwenden wagte, daß man den Kandidaten denn doch erst hören müsse, auch habe sich derselbe früher der national-liberalen, ja sogar der Fortschrittspartei zugestanden gezeigt. Diesem Mißtrauischen ward jedoch von einem Verwandten Dunckers erwidert, daß dieser „ein sehr königstreuer Herr und als Historiker wohl allgemein bekannt sei, weshalb er auch nicht geglaubt habe, zu einer Kandidatenrede verpflichtet zu sein.“ Diese Meinungsverschiedenheit übernahm ein anderer Wähler, ein Hauptmann A. D. Berg, in überaus glücklicher Weise zu lösen. Derselbe ließ sich kurz und gut also vernehmen: „Es kann sich bei der Aufstellung eines Kandidaten für uns lediglich um die Frage handeln: ist der vorgeschlagene Kandidat dem Reichskanzler genehm oder nicht. Genehmigt ihn dieser, dann wählen wir ihn, genehmigt er ihn nicht, dann kann er nicht unser Kandidat sein!“ Nachdem der gestimmungstüchtige „Wähler“ dies große Männerwort gelassen ausgesprochen, erklärte der Vorsitzende, Freiherr v. Walzahn: „Ich bin in der glücklichen Lage, dem Herrn Redner sogleich zu antworten. Ich hatte bereits Gelegenheit, mit dem Reichskanzler wegen der Kandidatur Max Duncker

Rückfrage zu nehmen, und derselbe hat die Kandidatur nicht bloß genehmigt, sondern auch den lebhaften Wunsch geäußert, Max Duncker möchte gewählt werden.“ Solchen Argumenten und der allgemeinen Befriedigung, dem rauschenden Beifall der sich ihrer staatsbürgerlichen Rechte so bewußten „Wähler“ gegenüber konnte natürlich auch der zuerst unzufriedene Redner, ein Hr. v. Koschinski (in dieser edlen Versammlung sprachen nämlich fast ausschließlich Adelige und der ordinärste Mensch in ihr war ein Stadtrat) nicht widerstehen und er gab dem würdigen Schauspiel einen würdigen Schluß, indem er erklärte (wörtlich): „daß er nunmehr seinen Irrthum einsehe und seine Opposition zurückziehe“. Hat es nicht der „Konstitutionalismus“ während der kurzen Zeit seines Bestehens in Deutschland schon herrlich weit gebracht? Das „einzig Maßgebende“ bei einer deutschen Wahl ist: ob Bismarck mit dem Kandidaten einverstanden ist oder nicht! Man wird wohl auch noch dazu kommen, jeden oppositionellen Wähler nach dem erweiterten Sozialistengesetz zu bestrafen. Ganz gut so; nur immer die Dinge so gezeigt, wie sie wirklich sind!

Oesterreich-Ungarn.

* Zu Pfingsten findet in Budapest ein ungarischer Land- & Arbeiter-Kongress statt, auf welchem die bereits angebahnte und größtentheils thatsächlich eingetretene Vereinigung der beiden bisherigen Fraktionen der ungarischen Sozialdemokratie endgültig vollzogen und eine einheitliche Partei nach Feststellung eines Programms, der Propagandamittel n. s. w. fest begründet werden soll. Die brüderlichsten Wünsche der deutschen Sozialdemokraten wie der Sozialisten aller Länder begleiten die ungarischen Genossen am 16. und 17. Mai bei ihren wichtigen Arbeiten.

Belgien.

* Die Mittheilung unserer letzten Nummer über das große Bergwerkunglück in Anderlues ist dahin zu vervollständigen, daß die Zahl der Opfer eine bei weitem größere, als anfänglich angenommen, ist. Bis jetzt sind bereits 52 Tode zu Tage gebracht! Die Ursache des Unglücks ist, wie bei den meisten derartigen Katastrophen verbrecherische Nachlässigkeit der Besitzer hinsichtlich der erforderlichen Schutzmaßregeln. Wie lange wird das Nordens noch fortbauern dürfen?

Spanien.

— In unserer Nummer 12 theilten wir, einem Bericht der „Egalité“ folgend, mit, daß sich in Spanien zwei sozialistische Gruppen (in Madrid und Barcelona) gebildet hätten, welche die Grundlage zur Reorganisation der sozialistischen Partei in Spanien bilden sollten. Gegen diese Darstellung wendet sich nun ein von dem „Bundesauschuß der spanischen Landesföderation der Internationalen Arbeiter-Assoziation“ an die Redaktion der „Egalité“ gerichteter und an die sozialistische Presse mitgetheilter Brief. Ihm zufolge wäre es nicht wahr, daß die Internationale desorganisiert sei. Die spanische Landesföderation war so sagt dieser Bericht — nach dem Sturz der Republik und der Wiederherstellung der Monarchie auf den internationalen Kongressen von Bern, Verviers, Gent und Paris (verboden) vertreten. Sie hat seit ihrer Gründung auf dem Arbeiterkongress zu Barcelona 1870 keinen Augenblick zu bestehen aufgehört, und sind seit dieser Zeit ihre Vertreter regelmäßig alle Jahre auf einem Kongress oder auf Bezirkskonferenzen versammelt, den Verboten und Verfolgungen der Regierung zum Trotz; ebenso hat stets ein Bundesauschuß als Mittelpunkt für die Korrespondenz und Statistik der zahlreichen über das ganze Land, in den Industrie- wie in den Ackerbaubezirken, verbreiteten örtlichen Verbänden bestanden.“ Bis hierher berührt uns der Bericht erfreulich, wenn wir auch glauben, daß dieser anscheinend günstige Stand der sozialistischen Bewegung in Spanien zum Theil auf die lebhafteste Darstellungsweise der Südländer zu setzen ist und die Wirklichkeit zweifellos ein weit nüchteres Bild gibt. Wenn der Bericht aber weiter auseinandersetzt, daß die spanischen Sozialisten neben der Ueberführung des Privatbesitzes in das Gemeineigentum die „Zerstörung der staatlichen (nationalen) Einheit“ anstrebt, um auf ihren Trümmern „freie, unabhängige, lediglich durch Bündnisverträge zusammenhängende Gemeinden“ zu errichten; daß sie sich infolge dessen von jeder politischen Partei ferne halten und von der Bildung einer sozialistischen Arbeiterpartei nichts wissen wollen; daß sie die zur Organisation einer solchen seitens der erwähnten Madrider und Barceloner Gruppen gethanen Schritte vielmehr als „auf die Zerstörung der Einheit der Arbeiter gerichtete Umtriebe“ betrachte; wenn sie weiter den für die Bildung einer sozialistischen Partei eintretenden spanischen Genossen aus ihrer Agitation für die Idee eines „Arbeiterstaates“ und der Vorkriegsregierung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse ein Verbrechen machen und sie deshalb beschimpfen: so finden sie hierfür bei den Sozialdemokraten — milde gesprochen — kein Verständniß. Wir wollen uns nicht auf eine nähere Prüfung der Vollmachten des Bundesauschusses der spanischen Landesföderation, noch auf eine leichte Widerlegung der angeführten Irrthümer und der denselben zu Grund liegenden Anschauungen vom Wesen des Staates und der Gesellschaft einlassen, — weil wir es unter den gegenwärtigen Umständen, bei der allgemeinen Heßjagd auf die Sozialisten und Revolutionäre aller Länder für unsere Aufgabe halten, nur das allen Sozialisten Gemeinsame, das Vereinende, zu betonen, das Trennende aber in den Hintergrund zu drängen. Nur das wollen wir nicht verschweigen, daß wir die Konstituierung der spanischen Sozialisten in einer einheitlichen politischen Partei als die Voraussetzung irgend einer bedeutenden Thätigkeit ansehen und daß wir deshalb nur wünschen können, die in diesem Sinne wirkenden spanischen Genossen in Barcelona und Madrid möchten in ihrem Eifer nicht erlahmen, und ihre Bestrebungen möchten baldigen Erfolg haben.

Sprechsaal.

Kopenhagen. Hier ist ein harter Streik ausgebrochen, ungefähr 100 Cigarrenarbeiter beiderlei Geschlechts sind bereits ohne Arbeit und noch mehr werden es werden. Wir bitten allen Zugang fern zu halten! Etwasige Unterhaltungen sind an E. E. Nielsen, Rindergade 22, 3 E. zu senden. Rechenschaft folgt. Näheres wird Jürgen Gaardmann berichten.
Den 5. April 1880.

Tabaksarbeiter-Verband „Ewigleben“.

Letzte Post.

— as Berlin, 13. April. Gestern fand die Haupt-Verhandlung des Monte-Socialistenprozesses gegen Heiland und 15 Genossen statt. Die Anklage lautete auf Theilnahme an einer geheimen und auf Entkräftung des Sozialistengesetzes abzielenden Verbindung, sowie auf Vergehen gegen §§ 16 und 20 des Sozialistengesetzes und Vornahme einer unbefugten Lotterie. Der Staatsanwalt beantragte für Heiland und Beck je 1 Jahr 3 Monate, für Pletschmann, Hiller, Seewald, Ewald, Neumann je 1 Jahr, für Klose 7 Mon., für Zink und Blum je 4 Mon., für die übrigen aber Freisprechung. Der Gerichtshof aber fällt abends 7^{1/2} Uhr, angesichts der durchaus mangelnden Beweise für sämtliche Angeklagte ein freisprechendes Erkenntniß und verurtheilte nur drei Genossen wegen unbefugter Lotterieveranstaltung zu je einer Woche Haft. Eine schmachliche Niederlage der Regierung, welche auf die Arrangirung dieses Prozesses alle erdenkliche Mühe verwendete! Näheres demnächst.

L. Paris, 14. April. (Drahtnachricht.) Die Regierung der französischen „Republik“ hat soeben einen neuen Beweis ihrer Freiheitsfeindlichkeit und Bedienthaftigkeit gegen die internationale Reaktion abgelegt, indem sie 19 deutsche Sozialisten aus Frankreich ausweist! Der Streich war lang vorbereitet, die Ausgewiesenen wurden überwacht und von agents provocateurs, welche erst zu spät entdeckt wurden, als sie bereits Unüberlegte in ihre Netze gezogen hatten, kompromittirt. Es ist zu vermuten, daß mit dieser Ausweisung die Aktion der Regierung noch nicht beendet ist. Mehr kann vorläufig nicht gesagt werden; aber Vorsicht und Mißtrauen gegenüber allen „Verschwörungs-“ und „Aktions“-Plänen ist doppelt und dringend nöthig; sollen nicht Personen und vor allem unsere Sache schwer geschädigt werden!

Briefkasten.

der Expedition: Hammerwerk I: M. 26. — erh. 7 folgten, ebenso Weiteres. — Schw. H. R. — r: H. v. 8. hier. Alles abgg. — Jünder: Anstalt. erh. — J. — r: 3. Ab. II. Cu. (4 Pt.) d. w. fl. 2. 27; Rest d. H. H. H. H. mit 73 fr. zugewiesen, juf. H. 30. Conrs. — F. H. Answp.: H. 17. — erh. Schif. abgg. H. H. H. H. — D. R. St. — an: M. 3. — Ab. II. Cu. hier. — R. H. H. 343: Post am 12/4 hier. 2. signalisirt. Neue Adr. folgt. — A. H. Paris: Adr. 1—12 vorgemerkt. S. gelöst. A. u. M. dagegen eingehelt. Nach St. G. sollte nur 13 geben. Möglich, daß direkt kam. — J. H. H.: 2 Sort. loco alte Firmen besorgt. Herzl. Dank für Nachr. u. — Ferdinand: H. v. 11 am 13. hier. Frühere Notiz betr. S. u. auch. Dreimaster gelandet, Ladg. gelöst. H. abgg. Sonstiges vorgemerkt. — Weinsalem: H. v. 6. ds. re. hier. Man war also nicht unter den „zehn klugen Jungfrauen“, obgleich seit 2/1. die Lampe bereit sein sollte!? Heiliges Kanonemehr, — das ist doch zu hart, und deart die Spinne auf die Nase zu setzen! — G. — u. — jch: M. 6. — p. II. Cu. hier. M. vorgemerkt. — D. 43: H. v. 11. ds. am 13. hier. Sendung an bekannte Adresse in Briefmarken erbeten. — J. Sch. H. H.: d. w. fl. 5. 05. erh. Beiflg. besorgt. Brief am 12. ds. an J. H. H. abgg. — G. H. D.: M. 6. — Ab. II. Cu. für 2 Expl. hier. Drittes erwartet. — M. H. H. H.: M. 15. — p. I. Cu. erh. Weiteres vorgemerkt. M. H. re. demnächst. — E. Epie — hu: M. 3. 20. Ab. II. Cu. erh. — H. H. H. London: H. 100. 80 erh. H. 11. — Ets. Tgm. abgel. Rest nach Bericht. verwendet. — Schw. H. E. — d: M. 3. — erh. p. II. Cu. 9—19 abgefaßt.

Durch uns, sowie durch die Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist zu beziehen:

Die Frau und der Sozialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. = Mk. 1. 50.
Expedition des Sozialdemokrat.

Die Zukunft,

Sozialistische Revue.

Von diesem Werke werden durch Unterzeichneten unter entsprechender Portovergütung folgende Hefte zu kaufen gesucht: 1. Jahrgang I Expl. vom 3. Hefte; 2. Jahrgang 2 Expl. vom 3. Hefte.
Riesbach-Zürich.

Verlag des „Sozialdemokrat“.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

worden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegen genommen bei folgenden Filialen:

- Genf L. J. Brunier, Montbrilland 42^{bis}
- Budapest M. Frankel, VII, Lindengasse 26, Thür 28.
- Kopenhagen K. Georg Hoffmann, Kattesund 16, 3. S. & G.
- Antwerpen Ph. Coenen, 6 Meistraat.
- Gent J. Bassé, St. Lievevraat 163.
- Brüssel F. Brock, 3, rue Ruysbroek.
- Lüttich Friedrich Mammoser, rue Pont d'Avroy 5/III.
- Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay.
F. Gold, bei Charles Piereaux, 20 rue Luxembourg, Andrimont.
- Paris Blum, 66 rue Montorgueil.
Trapp, 65 rue de Madame, Hotel Baldrian.
Voss, 6 rue de Levis.
- London W. Hoffmann, 50 Wardour Street, Oxford Street, lato Princes Street W.
H. Rackow, 120 Islington High Street.
- New-York F. Jonscher, 283 E. Houston Street.
- Chicago Ill. A. Lanfermann, 74 Clyborn Avenue.
- Cincinnati, O. Philipp K. Theobald, Nr. 391 Main str.
- St. Louis Mo. Gebr. Herminghaus, 1711 Franklin Avenue.

Protest

VON

Mitgliedern des Kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereines in London.

Die unterzeichneten Mitglieder des Kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereines erheben hiedurch Protest, sowohl gegen die redaktionelle Leitung der im Namen des Vereines erscheinenden Zeitung, die „Freiheit“, wie auch gegen die Handlungen der Zentral- und Kontrol-Kommission des obengenannten Vereines.

Bezüglich der Redaktion der „Freiheit“ richtet sich unser Protest

1. Gegen die unnütze, geradezu schädlich für unsere Partei wirkende Provozierung der Gewalt zur Erreichung unserer Ziele.
2. Gegen die fortgesetzt betriebene Verherrlichung von Attentätern und Attentaten.
3. Gegen die systematische Verleumdung und Beschimpfung deutscher Parteigenossen, sowie der deutschen Partei überhaupt.
4. Gegen die höhnerde, verächtliche Behandlung aller Parteigenossen, die es wagen, andere Meinung zu haben, als die Redaktion der „Freiheit“, und sich nicht scheuen, denselben Ausdruck zu geben.

Bezüglich der Zentral- und Kontrol-Kommission richtet sich unser Protest gegen den „Aufruf“ derselben, welcher in Nr. 2 der „Freiheit“ von diesem Jahre veröffentlicht ist, indem wir ausdrücklich bemerken, daß uns ein späterer Erlaß derselben zu unbedeutend und kleinlich erscheint, als daß wir es für notwendig erachteten, besonders dagegen zu protestieren.

Wir glauben aber nicht allein das Recht und die Pflicht zu haben, diesen Protest zu erheben, sondern fühlen uns auch veranlaßt, denselben der sozialdemokratischen Partei und der Öffentlichkeit gegenüber zu rechtfertigen durch folgende

Motive:

A. Redaktion der „Freiheit“.

Punkt 1. Als im November und Dezember 1878 auf Grund des über Berlin und Umgegend verhängten sogenannten kleinen Belagerungszustandes eine Anzahl der bekannteren deutschen Sozialdemokraten aus Berlin ausgewiesen wurden, wandten sich einige derselben nach London, unter ihnen auch der damalige Redakteur der „Freiheit“, Johann Most.

Die Ankunft des Letzteren in Verbindung damit, daß, wie es schien, anderweitig die Herausgabe eines sozialdemokratischen Organs als Ersatz für die durch das Sozialistengesetz vernichtete Presse nicht zu erwarten stand, veranlaßte den hiesigen Kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Verein, die „Freiheit“ ins Leben zu rufen.

Die „Freiheit“ wurde herausgegeben, um mittelst derselben auf Grund des Programms der deutschen Sozialdemokratie Propaganda zu machen, und wurde dieselbe zu diesem Zwecke mit schweren Opfern seitens aller Mitglieder unseres Vereines bis jetzt aufrecht erhalten.

Zum Beweise dafür, daß die „Freiheit“ im Sinne des deutschen Programms redigiert werden sollte, berufen wir uns ausdrücklich auf die Nr. 2 der „Freiheit“ vom Jahre 1879, wo es wörtlich heißt:

„Um mehrfachen gerechten Wünschen nachzukommen, publizieren wir hiermit das Programm der deutschen Sozialdemokratie, welches auch das Programm unseres Blattes ist.“

Unsere parteieigenen Gegner behaupten nun, daß diese Bestimmung später eine Aenderung erfahren habe durch die bekannte „Denkschrift“, welche in Nr. 17 der „Freiheit“ von 1879 veröffentlicht ist.

Diese Aenderung soll darin bestehen, daß durch die Denkschrift der Passus vom „friedlichen und gesetzlichen Weg“ im deutschen Programm angeblich beseitigt und demnach der Redakteur der „Freiheit“ „revolutionär“ zu schreiben verpflichtet sei.

Diese Behauptung ist einfach eine Unwahrheit.

In der Denkschrift ist nirgends die Gewalt empfohlen, sondern es ist nur die „geheimen Agitation“ als nötig hingestellt und außerdem der Opfermuth der russischen Militäristen gerühmt. Erst jetzt und zwar in dem später zu erwähnenden Erlaß der Zentral-Kommission, hat man den Passus vom „friedlichen Weg“ beseitigt, und zwar in nicht gerade geschickter Weise. Wir wollen hier nicht darüber streiten, ob die ganze Denkschrift überhaupt praktischen Werth hatte; es genügt uns, festzustellen, daß in derselben nirgends die Gewalt direkt empfohlen ist; wenn auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein soll, daß der Eine oder Andere solches aus dem Zusammenhang herauszulesen vermag.

Also diese seitens unserer Gegner versuchte Rechtfertigung ist nicht stichhaltig.

Wie verhält es sich nun aber überhaupt mit dem „gesetzlichen Weg“ und der „Gewalt-Anwendung“? Wie versteht die Sozialdemokratie überhaupt die „Revolution“?

Darauf geben wir folgende Antwort:

Unser Prinzip ist ein revolutionäres, weil mit dessen Verwirklichung nicht an die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse angeknüpft werden kann, sondern eine vollständige Umwälzung, Revolutionirung derselben nothwendig ist.

Ob nun diese Revolution sich friedlich oder durch Gewalt vollzieht, ist eine ganz andere Frage.

Gewalt und Revolution sind keineswegs sich deckende Begriffe. Die Redaktion der „Freiheit“ ist dagegen stets bemüht, beide Begriffe mit einander zu verwechseln.

Wir sind nun stets klar darüber gewesen, daß wir möglicherweise gezwungen werden können, unsere Grundsätze durch Gewalt zu verteidigen oder zu erklämpfen, ja es ist sogar nach Lage der Dinge sehr wahrscheinlich, daß dies so sein wird; wir dürfen und wollen aber deshalb nicht die friedliche Entwicklung absolut ausschließen.

Die „Freiheit“ predigt aber seit Langem nur noch „Gewalt“ und da wird es endlich Zeit, dieß Verfahren beim rechten Namen zu nennen.

Wir nennen es Verrath an Prinzip und Menschenleben, wenn man in jeder Nummer den Genossen unter den verschiedensten Formen sagt: „Nehmt die Flinten“.

Es ist Verrath, wenn man dieß immer und immer wieder sagt zu einer Zeit, wo man doch, wie man selbst zugibt, an einen Erfolg schwerlich denken darf. („Freiheit“ Nr. 42 von 1879, „Uebergewicht des Volksgeistes“.)

Es ist Verrath, weil dadurch der Reaktion mit oder ohne Wissen in die Hände gearbeitet wird!

Wir wiederholen: wir sind revolutionär, weil die Durchführung unserer Grundsätze eine radikale Umgestaltung alles Bestehenden erfordert, nicht aber deshalb, weil wir die Umgestaltung absolut und unter allen Umständen mittelst der Gewalt erreichen wollten.

Wir sind aber auch der Ueberzeugung, daß unter heutigen Verhältnissen unsere Partei keine „Aktions“-Partei sein kann, sondern daß sie vielmehr ihren Beruf darin zu suchen hat, eine tüchtige Agitations- und Organisations-Partei zu sein.

Wir sind der Ueberzeugung, daß es unsere Aufgabe sein muß, durch alle uns zu Gebote stehenden Mittel die Arbeiter über ihr Klasseninteresse aufzuklären und zum Anschluß an eine feste Organisation zu bewegen, damit, wenn die Umstände eine gewaltsame Entscheidung bringen, die Arbeiter in ihren Organisationen feste Stützpunkte haben, durch die ihnen gewordene Aufklärung aber sicher gestellt sind vor etwaigen Betrügnern und Charlatanen.

Darin und in nichts Anderem sehen wir unsere nächste Aufgabe, und erklären es für eine Vermeßtheit, wenn eine einzelne Person oder ein einzelner Verein uns eine andere Taktik aufdrängen will.

Daß aber unter Umständen, d. h., wenn es die herrschende Klasse nicht zum Neuesten kommen läßt, wohl eine friedliche Entwicklung der Dinge möglich wäre, hat die „Freiheit“ früher selbst zugegeben, und in einem Artikel in Nr. 6 von 1879 („Revolution-angstmichel“) des Längeren ausgeführt. Doch was schadet das; Konsequenz ist nicht die Tugend der „Freiheit“, sondern scheint es im Gegentheil Spezialität des Redakteurs zu sein, das gestern Geschriebene heute vergessen zu haben.

Haben wir uns bei diesem Punkte etwas lange aufhalten müssen, so können wir bei dem Folgenden viel kürzer sein.

Punkt 2. Der deutschen Sozialdemokratie ist es gelungen, nachzuweisen, daß sie mit den beiden Attentätern Hödel und Robiling nichts gemein hatte; und das war nothwendig, wollten wir uns die bereits errungene Achtung in der öffentlichen Meinung erhalten.

Die Redaktion der „Freiheit“ aber thut ihr Möglichstes, um in dieser Beziehung das Erreichte zu vernichten. Diesem Treiben wird die Krone aufgesetzt durch die Veröffentlichung eines Briefes in französischer Sprache in Nr. 52 von 1879.

In diesem Briefe wird den Attentätern direkt Anerkennung gezollt, und werden ihre Thaten verherrlicht. Die Redaktion der „Freiheit“ hat diesen Brief ohne Kommentar zum Abdruck gebracht und dadurch die in diesem Briefe ausgesprochenen Ansichten zu den ihrigen gemacht. Wir sehen in dieser Handlungsweise wieder nur die größte Schädigung der Parteinteressen.

Jedermann weiß, daß die Attentäter in Deutschland, in Italien und Spanien halbe oder ganze Idioten waren und daß sie wahrscheinlich zum Theil auch Werkzeuge der vereinigen europäischen Reaktion waren.

Dieß Alles weiß auch die Redaktion der „Freiheit“, und dennoch wagt sie es, solche Menschen und ihre Thaten zu verherrlichen! Ganz abgesehen davon, ob Attentate dem Prinzip der Gerechtigkeit entsprechen oder nicht, erklären wir: daß wir eine Solidarität mit den Attentaten Hödels und Robilings von uns weisen, ebenso wie es die deutsche Sozialdemokratie seiner Zeit gethan, und daß wir diese Attentate geradezu für schädigend für unsere Partei halten.

Durch Attentate beseitigt man wohl Personen, nicht aber Systeme; wir aber wollen Systeme beseitigen.

Demnach ist die Haltung der „Freiheit“ in dieser Beziehung, wenn wissentlich — eine Schusterei, wenn unwissentlich — eine Dummheit; in beiden Fällen müssen wir dagegen protestieren, und die Beseitigung einer solchen Redaktion fordern.

In vorstehenden beiden Punkten hätten wir gewissermaßen den prinzipiellen Theil unseres Protestes erledigt und gehen nun über zu

Punkt 3. Jeder Genosse, der die „Freiheit“ fortgesetzt gelesen hat, weiß, daß man die Taktik der deutschen Genossen seit dem Sozialistengesetz eine „Einschlüferungstaktik“ genannt hat; es ist bekannt, daß man das Wählen zum Reichstag „Dumbag“ und „Geldvergeudung“ betitelt hat; Jedermann erinnert sich, daß den Führern der deutschen Sozialdemokratie „Faulheit“ u. v. vorgeworfen wurde, obwohl man an Allem, was zu Tage trat, sehen konnte, daß trotz aller Reaktion eine rege Thätigkeit unter ihnen herrschte, abgesehen von Allem, was geschehen ist, und das in Folge der Reaktion nicht zur öffentlichen Kenntniß gelangen konnte.

Die „Freiheit“ scheute sich nicht, bekannte Führer der deutschen Sozialdemokratie zu insultiren, als einer derselben im Reichstag im Laufe einer Rede bemerkte, daß unsere Partei auch eine Reform-Partei sei.

Und doch weiß jeder deutsche Genosse, daß in dieser Aeußerung weder etwas Prinzipwidriges, noch Unwahres liegt. Es ist richtig, daß unser Prinzip ein revolutionäres ist, was uns jedoch keineswegs hindert, nach Umständen auch reformiren und vorzugehen, wenn wir nämlich unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen Verbesserungen, also Reformen, in der Lage der arbeitenden Klasse erreichen können; wir geben dadurch unser revolutionäres Prinzip durchaus nicht auf, würden vielmehr ein schweres Unrecht an der Arbeiterklasse begehen, würden wir erreichbare Reformen zurückweisen.

Wir sind der Meinung: jede revolutionäre Partei ist unter Umständen, wenn man ihr nämlich die Möglichkeit dazu gibt, auch eine Reformpartei, während freilich andererseits eine absolute Reformpartei niemals revolutionär ist.

Der Redakteur der „Freiheit“ weiß dies auch ganz gut, denn früher war er selbst „Reformator“ in diesem Sinne. Oder sollte er vergessen haben, daß er in Gemeinschaft mit seinen sozialdemokratischen Kollegen im deutschen Reichstag ein Arbeiterschutz-Gesetz eingebracht hat? Das war doch auch nur eine beabsichtigte Reform. Aber es mußte eben verleumdet werden, und so wurde nach Anlaß gesucht, und das Erste, Beste genommen, was sich bot.

Wir werden aber Verleumdungen niemals ungestraft dulden.

Somit kommen wir bezüglich der Redaktion der „Freiheit“ zum letzten

Punkt 4. Jeder Leser der „Freiheit“ weiß, daß Redensarten, wie z. B. „Intriganten aus Taktik“, „Feinde im Frack und in der Blouse“ oder „Wer nicht mit uns ist, den betrachten wir als unsern Feind und behandeln ihn demgemäß“, „Unsern Feinden ein dicker Strich durch die Rechnung“ u. s. w. zu stehenden Rubriken geworden sind.

Diese Redensarten sind offenbar nur auf diejenigen Genossen gemünzt, die es sich erlauben, andere Meinung zu haben, als es der Redaktion der „Freiheit“ angenehm ist.

Wir protestieren deshalb gegen solche Redensarten und bezeichnen es als eine Vermeßtheit und Arroganz, wenn es sich einzelne Genossen oder eine Anzahl solcher erlauben, andere Genossen in dieser Weise zu behandeln. Wir erklären, daß wir niemals Feinde der „Freiheit“ waren, wohl aber sind wir Gegner der jetzigen Redaktion und werden auch nicht aufhören, dieselbe zu bekämpfen, solange nicht die Schreibweise eine andere wird.

Wir sind Sozialdemokraten und begrüßen als solche gerne die „Freiheit“ als einen Kämpfer im Streit, sobald dieselbe im sozialdemokratischen Sinne redigiert wird; andernfalls aber werden wir in Zukunft jede Unterstützung derselben energisch verweigern.

Wir wollen sein, was wir waren, und wollen bleiben, was wir sind: Sozialdemokraten; doch mit Verlaub der Redaktion der „Freiheit“, so wie es uns recht scheint.

B. Zentral- und Kontrol-Kommission.

Diese beiden Organe der Londoner Parteiorganisation haben in dem in Nr. 2 der „Freiheit“ von diesem Jahre veröffentlichten „Ausruf“ weit die Grenzen ihrer Befugnisse überschritten, indem sie diesen Ausruf erließen, ohne die Mitglieder des Vereins zu befragen. Abgesehen von den taktischen Ungeheuerlichkeiten, die darin enthalten sind, versucht man aber auch in demselben, die nur für London geschaffene Organisation so hinzustellen, als sei dieselbe für Deutschland berechnet, was selbstredend keineswegs der Fall ist, noch sein kann.

Außerdem wird aber auch darin der vorhandene Zwist, anstatt den Versuch der Beseitigung desselben zu machen, nur aufs Neue angefaßt, indem man bezüglich der Verbreitung von Presserzeugnissen gehässige und unwahre Behauptungen aufstellt.

Aus diesen Gründen halten wir die genannten Kommissionen nicht für befähigt, den Frieden unter den hiesigen Genossen wieder herzustellen und die Leitung der hiesigen Partei zu handhaben, weshalb wir auch gegen diese und ihre Handlungsweise protestieren.

Wir hätten somit die Begründung unseres Protestes erledigt. Es erübrigen nur noch einige allgemeine Bemerkungen:

Die „Freiheit“ wird im Namen des Kom. Arbeiter-Bildungs-Vereins herausgegeben und sind somit alle Mitglieder desselben für den Inhalt derselben verantwortlich. Da wir aber nicht mit dem Inhalt einverstanden sind, können und wollen wir auch ferner nicht die Verantwortung tragen, weshalb wir uns zu diesem Protest der Partei und der Öffentlichkeit gegenüber für verpflichtet halten.

Endlich aber halten wir den Protest deshalb für notwendig, weil die „Freiheit“ seit langer Zeit in der frechsten Weise die öffentliche Meinung über die Stimmung im Verein hinsichtlich der Redaktion fälscht.

Schon immer hat sie behauptet, es seien nur zwei oder drei Unzufriedene vorhanden, obgleich ihr bekannt sein mußte, daß die Zahl derselben bedeutend größer ist. In Nr. 9 vom 28. Februar d. J. erlaubt sie sich jedoch unter „Kleine Mitteilungen“ in dieser Richtung eine schamlose Fälschung, wie sie schlimmer niemals von Bourgeois-Literaten verübt worden ist, und die wir deshalb nicht mit Schweigen übergehen dürfen.

Der Sachverhalt ist kurz folgender:

89 Mitglieder beantragten die Einberufung einer Generalversammlung mit der Tagesordnung: „Die Redaktion der „Freiheit“, welche denn auch nach einigem Sträuben und Winkelzügen seitens der Zentral-Kommission, von dieser zum 14. Februar d. J. einberufen wurde.

London, im März 1880.

H. Adolph. C. Annhölzer. J. Bauer. G. Beyer. J. Billmeyer. R. Böller. G. Blum. J. H. Bleß. B. Breul. W. Brüche. Joh. Busch.
F. Cülinöky. C. Diesenthal. C. Dies. Dybisbansky. C. Th. Fisch. J. Fleischner. J. P. Fopp. C. Friedrich. W. Fuchs. P. Gerlach. F. Glanzer. G. Göbel.
N. Grünberg. J. Eugenheim. C. Gulenbiehl. W. Hesse. A. Heyduk. H. Hilbrecht. W. Hoffmann. A. Hofmann. F. Horn. R. Jorbahn. F. Kaiser. Kammann.
Kamenz. S. Kaufmann I. S. Kaufmann II. Kueip. S. Knob. C. Knorr. H. Klaus. H. Kranz. Th. Kranz. S. Krawozinski. Köllar. C. Leue. W. Leyendeker.
Lishmann. B. Loffhagen. Löwenstein. Marksteiner. Mannart. Mayer I. Merkel. C. Mergard. Herm. Meyer. Wiltke. C. Morris. G. Rosäka. J. Orang. N. Port.
J. Piper. H. Rałow. Rałow. D. Regensburger. A. Reichert. Ritterbusch. H. Rogin. M. Rothmann. F. Scharfin. Schauselberger. Scherzer. C. Schiele. A. Schimpf.
F. Skowonek. A. Schmidt. Schuster. H. Schwarzenberg. F. Tander. F. Ulrich. W. Völler. Carl Weber. Franz Weber. G. Winkelmann. A. Wollenf.

Im Laufe der Verhandlungen nun lief ein von 14 Mitgliedern unterzeichneter Antrag auf Entfernung Most's von der Redaktion der „Freiheit“ ein.

In dieser Versammlung sprach nur ein Redner und mußte dann der Vorsitzende dieselbe, nachdem man sich die übrige Zeit mit Skandal und Geschäftsordnungsdebatten vertrieben hatte, weil keine Ruhe mehr herzustellen war, vertagen.

Es war demnach weder die Tagesordnung erledigt, noch viel weniger der Antrag auf „Abjehung Most's“ diskutiert worden.

Trotzdem aber ordnete die Zentral-Kommission, wie immer gewaltmähig, auf den 21. Februar Urabstimmung an über den Antrag auf „Most's Abjehung“, also über noch gar nicht erledigte oder diskutierte Dinge, verbot aber gleichzeitig die Fortsetzung der nur vertagten Generalversammlung! Dieses Verbot suchte sie damit zu rechtfertigen, daß bei ihr ein, angeblich mit 126 Unterschriften versehener Antrag eingelaufen sei, welcher die Inhibierung der Fortsetzung der Versammlung forderte.

Wenn Letzteres wirklich wahr, so ist es doch für Jeden klar, daß die Zentral-Kommission solchem Antrag gegenüber nur ein Recht und eine Pflicht hatte, nämlich: die Antragsteller an die tagende Generalversammlung zu verweisen.

Aber was weiß die Zentral-Kommission von Recht und Pflicht; das sind ihr Nebendinge — Gewalt ist die Hauptsache! Und somit wurde die Urabstimmung angeordnet.

Da wir aber dies ganze Verfahren für illegal hielten, nahmen wir auch an dieser Abstimmung nicht Theil und nur Einzelne mögen aus Unkenntniß ihre Stimme gegen Most abgegeben haben; daraus erklärt sich der Umstand, der es der Redaktion der „Freiheit“ ermöglichte, von „nur neun Gegnern“ zu fassen.

Wie steht es nun aber mit den 235 Stimmen für die Most'sche Redaktion?

Tatsächlich haben hier in London in der I. Sektion ca. 80, in der III. Sektion ca. 30 ihre Stimme für die jetzige Redaktion abgegeben (die II. Sektion nahm an der Abstimmung nicht Theil); es ergeben sich somit 110 Stimmen für die jetzige Redaktion. Der Verein zählt aber in seiner Gesamtheit nahezu 500 Mitglieder.

Daraus erhellt, daß die Redaktion der „Freiheit“, selbst wenn man die Illegalität der Wahl übersehen wollte, kaum auf ein Viertel der hiesigen Mitglieder gestützt ist.

Die übrigen ca. 125 Stimmen hat man einfach von Pariser und Brüsseler Genossen künstlich zusammengebracht.

Es liegt uns nun fern, unsere Genossen in Paris und Brüssel beleidigen zu wollen, aber wir müssen erklären, daß sie in dieser Frage kein Abstimmungsrecht hatten, denn sie sind nicht Mitglieder des hiesigen Kom. Arbeiter-Bildungs-Vereins und nur diesem allein gehört die „Freiheit“, nur diesem allein stand ein Abstimmungsrecht in dieser Frage zu. Hat man unsern dortigen Genossen von hier aus glauben gemacht, sie seien Theile unserer hiesigen Organisation, und sie somit zur Abstimmung betrogen, so müssen wir, so leid es uns thut, wiederholen: Genossen, man hat Euch betrogen!

Die Frage, ob man außerhalb Londons wohnende Genossen in unsere hiesige Organisation aufnehmen wolle oder nicht, ist im hiesigen Verein niemals diskutiert worden; auch war weder die Zentral-Kommission noch sonst irgend Jemand befugt oder beauftragt, solche Ausnahmen zu bewirken. Hat man es dennoch gethan, so legen wir entschieden gegen derartige betrügerische Manipulationen Protest ein und rufen die Betreffenden zur Scham auf.

Wir sagen es noch einmal: Die ganze Abstimmung war illegal, ein echtes Meisterstück napoleonischen Plebiszits; der Bericht in der „Freiheit“ aber war eine Fälschung.

Nachdem wir somit unsern Protest beendet, werden unsere Genossen allerwärts es uns nicht verübeln, wenn wir erklären:

Mit Leuten, die sich solche Gewaltakte, Fälschungen u. erlauben, können wir ferner nichts mehr gemein haben. Wir haben deshalb den Verein reorganisiert und werden künftig unsern eigenen Weg gehen.

Wir werden die Fahne der Sozialdemokratie, welche jene mit Roth beworfen haben, wieder zu reinigen suchen; wir werden diese Fahne hochhalten und unsere Prinzipien rein und unverfälscht im Volke zu verbreiten suchen.

Es thut uns leid, daß dadurch momentan eine Spaltung hervorgerufen wird, doch fällt die Schuld davon nicht auf uns, sondern auf die, welche durch ihr schamloses, maßloses Gebahren uns zu diesem Schritt gezwungen.

Wir können nicht anders, mögen die Genossen vorurtheilsfrei ihr Botum abgeben!

Noch lebe die Sozialdemokratie!